

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 31.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 3. August 1912.

Redakteur: A. Heintmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Presfeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Zentralverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

## Berufstüchtigkeit und gute Entlohnung in den Textil-Fabriken.

Wir haben in der „Textilarbeiter-Zeitung“ wiederholt darauf hingewiesen, wie notwendig gerade der Textilindustrie ein körperlich und geistig gesunder, fachgewerblich und fachtechnisch geschulter, berufsfreudiger Arbeiterstamm tut. Wir haben es stets als eine der wichtigsten Aufgaben unseres Verbandes betrachtet, unsere Mitglieder in der Hinsicht zu erziehen und zu tüchtigen Arbeitern zu machen. Der Erfolg unserer Arbeit setzt eine Anerkennung der Rechte des Arbeiters und eine gute Entlohnung voraus. Wir haben ferner von dem Unternehmer den obligatorischen Fortbildungsunterricht für die Textilarbeiter und -Arbeiterinnen gefordert. Man kann nicht sagen, daß unsere Textilindustriellen im allgemeinen diesen Bestrebungen und Forderungen viel Verständnis entgegen bringen. Weder wissen sie die Berufserziehung der Gewerkschaften zu schätzen, noch haben sie dem Fortbildungsunterricht viel Sympathie entgegengebracht. Im Gegenteil, sie haben sich gegen die obligatorischen Fortbildungsschulen für die jugendlichen Textilarbeiter beider Geschlechter mit aller Entschiedenheit gewehrt und damit gezeigt, daß sie von einem sachlich außerordentlich eng begrenzten Interessenstandpunkt ausgehen.

Nun kommt ein Webereidirektor G. Stauden in der „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“ (Nr. 28) zum Wort und hält in einem Artikel „über die Nachteile einer schlecht geschulten Arbeiterschaft in Textilfabriken, speziell Buntwebereien“, seinen Kollegen ihre großen Sünden vor. Er findet es einfach für unverständlich, daß viele Chefs in ihren verschiedenen Abteilungen nur junge und alte ungeschulte Arbeitskräfte beschäftigen, nur, um mit einem geringen Lohne auszukommen. „Es wären in der betr. Gegend tüchtige Arbeiter vorhanden, aber diese gehen nur aus Not in einen derartigen Betrieb, und bei der ersten besten sich darbietenden Gelegenheit kehren sie dem Betrieb wieder den Rücken, da ihnen der Lohn zu klein ist und in anderen Betrieben besser bezahlt wird.“ Stauden weist darauf hin, daß oftmals gerade die tüchtigsten Leute auswandern und so in anderer Gegend der heimischen Industrie eine gefährliche Konkurrenz großziehen helfen. „**Nur Berufstüchtigkeit des Chefs ist an solchen Begebenheiten Schuld,**“ jagt Stauden.

Wir sehr für die Wirtschaftlichkeit der Textilfabriken die Qualität der Arbeiterschaft von Einfluß ist, zeigt sich in dem Bestreben fremder Länder, mit einer ungeschulten Arbeiterschaft die Textilindustrie hochzuziehen. Diese neuen Industriezweige haben niedrige Löhne, ziehen unter großen Kosten fremde Maschinen, fremde Techniker und Meister heran, genießen weitgehenden Zoll- und Frachtschutz und andere Fürsorgemaßnahmen des Staats: und dennoch kommen sie gegenüber den alten Industrieländern nicht hoch. Warum nicht? Weil es ihnen an geübten und geschulten Arbeitskräften mangelt. Eine schlechtbezahlte, ungeschulte Arbeiterschaft kann keine fehlerlose Qualitätsware herstellen. Fehlerhafte Maschinware aber muß der Fabrikant zu billigen Preisen, die die Produktionskosten kaum bezahlt machen, abstoßen, wenn er sie überhaupt noch los werden kann.

Der Fabrikdirektor Stauden erzählt eine Begebenheit bei einem Besuche eines befreundeten Fabrikanten. Da habe der Fabrikant gejamert über die fehlerhafte Ware, die er nicht los werden könnte, ferner darüber, daß ihm Fabriken in anderen Landesteilen die besten Arbeiter wegholten, weil sie höhere Löhne zahlten als er. „Diese Fabrikanten zahlten gute Löhne,“ sagte Stauden dazu, „wollten aber nur tüchtige Arbeiter haben, und das Resultat war, daß die guten Arbeiter weggingen und die schlecht-

geschulten blieben. Auch die weitere Folge ergab sich von selbst, mein Freund bekam fehlerhafte Ware, mußte mit geringen Preisen zufrieden sein, und die Konkurrenten waren in der glücklichen Lage des Gegenteils, gute Ware und dementsprechende Preise. Und der schlechte Verdienst veranlaßt überdies, daß solche Herren, wie mein Freund es war, mißmutig werden und ihre gereizte Stimmung an den Untergebenen auslassen wollen. Dieser Vorgang macht die letzteren ebenfalls unglücklich und es wird, besonders bei Nichtakkordarbeiten, noch weniger gearbeitet und der Schaden vergrößert. Würden diese Herren einmal gründlich zu rechnen verstehen, so müßten sie bald auf die Verkehrtheit ihrer Handlungsweise gelangen. Würden sie ausrechnen, was für ein Unterschied zwischen der Preislage ihrer Ware und der Ware eines tüchtigen Konkurrenten besteht, diesen Unterschied auf die Jahresproduktion anschauen, **so würden sie gewahr werden, daß ihr bezahlter Lohn eine bedeutende Aufbesserung vertragen dürfte und alsdann ihr eigener Verdienst noch ein besserer sein müßte.**“

Das ist ein weitsichtiger Standpunkt eines Fabrikdirektors, wie man ihn in diesen Kreisen nur außerordentlich selten begegnet.

Er geht aber weiter und beweist, daß gute Entlohnung und Berufstüchtigkeit der Arbeiter nicht bloß die Qualität, sondern auch die Menge der Produktion wesentlich beeinflussen. Die Produktion der Weberei läßt sich bedeutend, gar um das Doppelte steigern, wenn die Arbeiterschaft Berufsfreude heischt und wenn sie berufstüchtig ist. Unser Fabrikdirektor führt folgendes Beispiel aus der Vorbereitung an:

„Habe ich eine Spulmaschine mit 160 Spindeln, so genügen zur Bedienung 4 tüchtige Spulerrinnen, bei dem Vorhandensein von schlechten Spulerrinnen dagegen sind mindestens 8–10 Mädchen notwendig und trotzdem erhalte ich nicht die gleiche Produktion. Was bringen mir aber die 4 gegenüber den 8–10 Mädchen nur für eine Ersparnis an Ausgaben für die verschiedenen Versicherungen, Krankentasse, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Für die gleiche Produktion der Gesamtweberei bedarf ich bei geschulten Arbeitern weniger Maschinen und Arbeiter, die ganze Anlage wird vereinfacht, also auch hier eine bedeutende Ersparnis. Aber auch noch abgesehen von dieser; angenommen es sei die Maschinenanlage, resp. der ganze Betrieb vorhanden, so bleibt für beide Fälle von geübten und ungeübten Arbeitern die Verzinsung und Amortisation der Anlage dieselbe, aber bei der bedeutend erhöhten Produktion verteilen sich die verschiedenen Verzinsungs- und Amortisationsquoten, sowie alle Steuern und Abgaben, Spesen an Verwaltungskosten, Betriebsleitung, Meistern usw. auf die größere Produktion und stellen sich als die Geringeren für das Einzelprodukt viel billiger. Wenn ich für die bessere Ware auch einen besseren Preis erziele, so steigert sich der Unterschied zwischen der Verwendung von geübten und ungeübten Arbeitern noch mehr zugunsten des ersten Falles. Nicht umsonst suchen sich die gut geleiteten Textilfabriken die besten Arbeiter heraus, indem sie sie gut bezahlen, und bilden auf diese Weise einen guten Arbeiterstamm; gelangt in einem solchen dann von Zeit zu Zeit ein junger, noch ungeschulter Nachwuchs, so fügt dieser dem Betriebe keinen besonderen Schaden zu. Durch das gute Beispiel der geschulten Arbeiter wird der ungeschulte sich rasch den Ersteren einverleiben. Diese Betriebe wissen sehr wohl, daß die scheinbaren Mehrkosten sich in Wirklichkeit auf andere Weise vielfach wieder hereinbringen lassen.“

Ein weiterer, schwerwiegender Punkt, der zugunsten der ungeschulten Arbeiter spricht, der aber

selten gewürdigt wird, ist die bedeutend höhere Abfallziffer der Garne, den diese Arbeiter aufweisen. Folgende Beispiele mögen das Gesagte erhärten; ich habe seinerzeit in dieser Frage lange und eingehende Proben veranstaltet, um einen Chef, der auch mit Vorliebe ungeschulte Arbeiter, besonders eine Masse ganz junger und sehr alter, beschäftigte, von der Schädlichkeit seiner Fabrikationsweise in dieser Beziehung eindringlich zu überzeugen. Die Versuche wurden, um leicht entstehenden Fehlern auszuweichen, immer in größerem Umfange vorgenommen.

Spulerrin A.

Gespult wurden 318 Bündel Garne = 1442,00 kg  
Abfall = 39,65 kg

Abfall = 2,75 Proz.

Spulerrin B.

Gespult wurden 689 Bündel Garne = 3125,0 kg  
Abfall = 18,5 kg

Abfall = 0,59 Proz.

Somit eine Differenz in den Abfällen von 2,16 Proz. Zu bemerken ist noch, daß die Versuchszeit bei beiden Spulerrinnen dieselbe war.

Nehmen wir nun einen Verbrauch von 50000 kg Spulgarne in einem Betriebe an, so ergibt sich eine Abfalls-Differenz von 1080 kg, den Preis für gefärbtes Garn, abzüglich des erhaltenen Preises des verkauften Abfallgarnes mit 2,50 M. angenommen, ergibt sich für den Betrieb ein Mehrverlust von 2700 M. bei der Verwendung von ungeübten Spulerrinnen. Nur ein zweites Beispiel aus der Weberei, wobei ich nur eine Kette anführe. Die Versuche mit anderen Ketten führten zu dem gleichen Resultat, und kann ich deshalb weitere Notierungen unterlassen.

Bei einer Kette für Planelstoffe leicht zu verwendender Ware mit der Einstellung 2184 Faden Nr. 24, Kette bunt und 23 Faden Nr. 14-Garn roh per em hatte:

Weber A 5,41 Proz. Abfall, dagegen  
Weber B nur 1,1 Proz. Abfall.

Also eine Differenz von 4,31 Proz. Auch diese Abfalls-Prozent-Zahl spricht für sich. Die angeführten Ersparnisse bei der Verwendung eines guten Arbeiterpersonals ließen sich für jeden Betrieb annähernd feststellen, aber nicht ansprechen lassen sich andere Schattenseiten der ungeschulten Arbeiter. Wenn man solche Arbeiter etwas genauer bei ihrer Arbeit beobachtet, so wird man gewahr werden, daß nicht nur sie selbst wenig arbeiten, sondern auch noch andere, sonst fleißige Leute am Arbeiten verhindern. Fragen wir einmal die Meisterschaft? Wie leicht ist ihr Verkehr mit einer tüchtigen Arbeiterschaft, wie schwer im umgekehrten Falle. Wer bei den Arbeitern an Löhnen sparen will, ist nur zu leicht geneigt auch bei den Meistern zu sparen, und die Folge davon ist alsdann die, daß die ganze Maschinenanlage in Unordnung gebracht wird, und es dann einer gründlichen Reorganisation bedarf, um den Betrieb wieder, wenn auch nur ins alte Geleise zu bringen.“

Dieses Urteil eines weitsichtigen Fabrikdirektors ist für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ein glänzender Beweis dafür, daß ihre Bestrebungen in eminentem Maße dem einzelnen Unternehmer und der ganzen Industrie zugute kommen. Der Artikel des Herrn Stauden könnte ja noch nach verschiedenen Seiten ergänzt werden. Wir wollen es unterlassen, sondern nur noch bemerken, daß wir in unserem christlichen Textilarbeiterverband stets das größte Gewicht auf die Erziehung unserer Mitglieder zur Berufstüchtigkeit, Berufsfreude und treuer Pflichterfüllung gelegt haben. Wir haben aber auch immer betont, daß die erste Voraussetzung für den Erfolg unserer Arbeit die Anerkennung der Rechte des Arbeiters und die Gewährung eines auskömmlichen Lohnes sind. Fabrikdirektor Stauden hat uns bestätigt, daß wir recht darin haben.

### Die Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden.

Während für die Hausgewerbetreibenden die Invalidenversicherungspflicht sich nicht geändert hat, ist die Krankenversicherungspflicht für sie wesentlich umgestaltet. Bisher konnte auf die Hausgewerbetreibenden der Krankenversicherungszwang durch statistische Bestimmung einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes oder durch Beschluß des Bundesrats erstreckt werden. Sobald der auf die Krankenversicherung bezügliche Teil der Reichsversicherungsordnung in Kraft getreten sein wird, werden die Hausgewerbetreibenden in der Krankenversicherung gleichberechtigt mit den versicherungspflichtigen sein. Es ist deshalb von großem Interesse, von den Darlegungen Kenntnis zu nehmen, die über die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden vom Reichsversicherungsamt in seiner Anweisung über den Kreis der nach der Reichsversicherungsordnung gegen Invalidität und gegen Krankheit versicherten Personen gegeben werden.

Danach ist die Anwendbarkeit des Begriffs des Hausgewerbes auf das Gebiet der gewerblichen Hervorbringung beschränkt. Kein Hausgewerbe, sondern ein unabhängiger Gewerbebetrieb liegt vor, wenn jemand nicht im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibender, sondern unmittelbar für die Verbraucher auf Bestellung oder auf Vorrat Waren herstellt. Als für eigene Rechnung tätig ist mehrfach angesehen worden, wer für einen unbeschränkten Kreis wechselnder Auftraggeber arbeitet oder Waren im eigenen Hausverkauf vertreibt.

Die Merkmale des Hausgewerbebegriffs treffen auch bei der Warenerzeugung für bestimmte gewerbliche Unternehmer dann nicht mehr zu, wenn jemand nicht persönlich mit der eigentlichen Herstellungsart beschäftigt ist, sondern sich ausschließlich oder überwiegend mit der Leitung eines mit entsprechend zahlreichen Hilfskräften und nicht unerheblichem Kapitalaufwande geführten Betriebs befaßt. Bezüglich der Abgrenzung gegen die Lohnarbeit aber folgt aus dem Nebeneinanderstellen der beiden Merkmale: „selbständige Gewerbetreibende“ und „in eigenen Betriebsstätten“, daß das Gesetz in eigener Betriebsstätte für fremde Rechnung beschäftigte Personen kennt, die nicht selbständige Gewerbetreibende, sondern Lohnarbeiter (Außenarbeiter, Heimarbeiter, detachierte Arbeiter) sind. Zwischen diesen beiden letzten Gruppen, einerseits der Heimarbeiter, andererseits der ausschließlichen für bestimmte größere Geschäfte liefernden, aber selbständigen Unternehmer mittlerer Stufe stehen die Hausgewerbetreibenden.

In der großen Mehrzahl der Fälle läßt sich ihre Eigenart unschwer kennzeichnen. Sie haben die wirtschaftliche Abhängigkeit mit dem Lohnarbeiter, die persönliche Selbständigkeit mit dem Gewerbetreibenden gemein. Erstere zeigt sich darin, daß sie von einem anderen Gewerbetreibenden beschäftigt werden. Sie „arbeiten“ auf Rechnung eines Dritten, der die geschäftliche Gefahr trägt, ihnen aber die Möglichkeit eigener Verwertung ihrer Erzeugnisse und damit der Erzielung eines Unternehmergewinnes nimmt. Er zahlt ihnen nur eine nach dem Stände bemessene Vergütung, die sich wirtschaftlich wesentlich als Arbeitslohn darstellt. Dies gilt auch dann, wenn der Hausgewerbetreibende die Roh- oder Hilfsstoffe selbst beschafft und in dem für die abgefertigte Ware gezahlten Preise auch den Stoffwert erhalten.

Die Tätigkeit für fremde Rechnung bringt es weiter mit sich, daß der im allgemeinen wirtschaftlich mächtigere Auftraggeber in der Lage ist, die Art der Herstellung, die Lieferzeiten und sonstige Bedingungen seinerseits vorzuschreiben. Der hieraus entspringenden, oft empfindlichen wirtschaftlichen Abhängigkeit steht jedoch die persönliche Selbständigkeit gegenüber, die der in der eigenen Betriebsstätte Tätige im Vergleich mit dem Fabrikarbeiter genießt. Ohne räumliche Trennung der Arbeitsstätten des Beschäftigten und des Auftraggebers ist diese Selbständigkeit nicht denkbar. Bei gemeinsamer Wohnung ist daher, selbst wenn ein Wohnungsverhältnis des Beschäftigten besteht, ein Hausgewerbeverhältnis ausgeschlossen.

Als eigene Betriebsstätte gilt auch die von dem Beschäftigten auf einem fremden Grundstücken gemietete, jedoch nicht der Vermieter der Arbeitsstätte (Kaufhalle) auch derjenige ist, für dessen Rechnung die Arbeit ausgeführt wird. Dagegen ist ein von dem Arbeitgeber an dritter Stelle gemieteter Arbeitsraum eine Werkstatt des Arbeitgebers. In der eigenen Werkstatt ist der Beschäftigte alleiniger Herr, er bestimmt Beginn und Ende, Umfang und Reihenfolge der Arbeit und ist keiner Leitung oder Beaufsichtigung unterworfen. Dem Auftraggeber kann es im allgemeinen gleichgültig sein, wer die Arbeit verrichtet, namentlich im Bereiche der gewerblichen Massenerzeugung, dem bevorzugten Gebiete des Hausgewerbebetriebes. Demgemäß bleibt dem Hausgewerbetreibenden die Heranziehung von Hilfskräften überlassen. Er behält die Geschäftsherrschaft des Familienlebens und damit die Möglichkeit, seine Angehörigen, namentlich auch solche mit beschränkter Arbeitskraft, wie Kinder und alte Leute, bei der Ausführung der übernommenen Aufträge zu be-

teiligen. Auch ist er im allgemeinen nicht gehindert, Aufträge von verschiedenen Seiten entgegenzunehmen. Ferner sind die Bestellungen in der Regel nur Einzelaufträge, nach deren Erledigung keine der Geschäftsparteien gehalten ist, das Verhältnis fortzusetzen oder wieder aufzunehmen. Es besteht kein fester Vertrag und keine Kündigungsfrist, wenn sich auch tatsächlich nicht selten dauernde Beziehungen herausbilden. In letzterem Punkte zeigt sich ein grundsätzlicher Unterschied von dem Alfordaußenarbeiter. Der Hausgewerbetreibende gilt als solcher auch für die Zeit, in der er vorübergehend für eigene Rechnung arbeitet.

Da wir auch in der Textilindustrie zahlreiche Hausgewerbetreibende haben, werden für sie diese Auslegungen von besonderem Interesse sein. Sie alle sind nämlich in der Zukunft bezgl. der Krankenpflege versicherungspflichtig.

### Das Steigen der Wohnungsmieten und die Einkommen in Rheinland und Westfalen.

Eine ziffernmäßige Darstellung der allgemeinen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung gibt es derzeit nicht. Sie würde auch auf große Schwierigkeiten stoßen, da durch die Verteuerung, die nie gleichmäßig für alle Bedürfnisse erfolgt, mehr oder minder Verschiebungen eintreten. Hohe Mietpreise führen z. B. oft zu stärkerem Kartoffelgenuss, hohe Mietpreise oft zur Einschränkung der Wohnfläche oder erhöhtem Abvermieten usw. Dann ist eine wirklich brauchbare Statistik ja auch ungeheuer schwierig wegen der Verschiedenheit der Preise in den einzelnen Landesteilen, Städten und sogar innerhalb der einzelnen Geschäfte einer Stadt. Wie schwer ist es ferner nicht, bei einer Preisstatistik auch die verschiedenen Qualitäten der Ware zu erfassen. Aus diesen Gründen möchten wir unsere Leser zu großer Vorsicht ermahnen bei der Verwendung von Statistiken über die Lebensmittelpreise, die ja in großer Menge in der Tagespresse aufgemacht werden. Immerhin lassen sich aber doch für Einzelfälle gewisse Feststellungen treffen.

Hierher gehört auch die Verteuerung der Wohnungsmieten. Man kann diese Verteuerung, das Steigen der Mieten, auf Grund eines Vergleiches der Ergebnisse der beiden letzten Gebäudesteuerveranlagungen leicht ermitteln und speziell für Rheinland und Westfalen, einem Wirtschaftsgebiete, in welchem die Wohnungsfrage neuerdings wohl in besonders hohem Maße an Bedeutung gewinnt, dürfte diese Ermittlung von besonderem Interesse sein. Bekanntlich liegt der Gebäudesteuerveranlagung der Nutzungswert, das ist bei Wohngebäuden der Mietwert, zugrunde. Er wird in diesem Falle in der Art ermittelt, daß der jährliche Durchschnitt der Mietpreise, die innerhalb der dem Veranlagungsjahre unmittelbar vorangegangenen zehn Jahre in der betreffenden Stadt oder Ortschaft bedungen worden sind, errechnet wird. Stellen wir nun diese Errechnungen der zum 1. Januar 1910 vorgenommenen Gebäudesteuerveranlagung denjenigen der vorletzten, zum 1. Januar 1895 vorgenommenen Gebäudesteuerveranlagung gegenüber, so ergibt sich, daß die Mietsteigerung auf den Kopf der Bevölkerung in den Städten des Reg.-Bez. Koblenz 13,75 M., Düsseldorf 10,75 M., Köln 16 M., Trier 12,75 M., Aachen 10,25 M., Münster 12 M., Minden 11,25 M. und Arnberg 6,25 M. betrug.

In einzelnen rheinisch-westfälischen Städten betrug die Steigerung der Miete nach den erwähnten Quellen pro Jahr und Kopf der Bevölkerung

Stadt	M.	Stadt	M.
Düsseldorf	31,25	Recklinghausen	11,00
Düren	24,75	Rheydt	11,00
Bonn	23,75	Bochum	9,75
Koblenz	17,75	Mülheim (Ruhr)	9,50
Mülheim (Rhein)	17,00	Dortmund	9,00
M.-Gladbach	16,75	Rees	8,75
Sielefeld	16,00	Aachen	8,50
Köln	15,75	Trier	7,25
Saarbrücken	15,50	Krefeld	7,00
Münster	12,25	Oberhausen	7,00
Essen	11,25	Sattingen	6,50

Stadt	M.
Hagen	6,00
Mitten	5,50
Solingen	5,50
Gerne	4,00
Herlorn	4,00
Hamm	3,25
Barmen	2,75
Selsenkirchen	2,50
Südenscheid	1,75
Remscheid	1,25
Siebel	0,25

In keiner der bedeutenderen Städte der beiden Provinzen ist der Mietpreis gesunken, während im östlichen Teil der Monarchie selbst große Städte zu finden sind, in denen der Mietpreis zurückgegangen ist.

Die Mietpreiserhöhungen haben ihre Hauptursache naturgemäß in der starken Bevölkerungszunahme des Westens. Sie stellen den Effekt der gesteigerten Wohnungsnachfrage dar. Einmengenmäßig sind sie auch der Ausdrucksweise, in welchem Maße die Grundrente gestiegen ist, wenn man sich auch davon hätte müssen, die ganzen Mietpreiserhöhungen ausschließlich der Grundrente zuzuschreiben.

Die Frage, die sich nun zunächst aus der stellenweise außerordentlich starken Steigerung der Wohnungsmieten ergibt, ist die, ob dieser Steigerung andererseits auch ein entsprechendes Steigen der Einkommen entgegensteht. Würde dies nämlich nicht der Fall sein, so würde die Mietpreiserhöhung notwendigerweise zu einer weiteren Einschränkung des Wohnbedürfnisses führen, damit wären

dann eminente Nachteile verbunden, die einen Rückschlag nicht nur allein für unsere sozialen, vielmehr auch unsere wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen würden. Die zuverlässigste Antwort auf unsere Frage, ob den gestiegenen Mietpreisen auch eine Steigerung der Einkommen entgegensteht, mithin die Bevölkerung nicht unter allen Umständen gezwungen ist, ihr Wohnbedürfnis einzuschränken, dürfte die Einkommensteuerstatistik geben, indem man an Hand ihrer Ziffern die Bewegung des Prozentverhältnisses der überhaupt steuerpflichtigen Personen feststellt. Hierbei ist allerdings große Vorsicht geboten. Dies gilt ganz besonders für solche Perioden, in welchen Änderungen in den Einkommenermittlungsnormen vorgenommen worden sind. Eine solche wesentliche Änderung stellt z. B. die Verpflichtung der Arbeitgeber, über die Einkommensverhältnisse ihrer Angestellten in mehr oder minder starkem Umfange Auskunft zu geben, dar.

Wählen wir nun unter diesem Gesichtspunkte als Vergleichsjahr zu dem Veranlagungsjahr 1911 das durch Änderungen in den Einkommenermittlungsnormen von ihm nicht verschiedenes betroffene Veranlagungsjahr 1909, so ergibt sich, daß von den nach der jeweiligen Personenstandsaufnahme vorhandenen, also ortsfestesten Personen veranlagt waren, mithin ein Einkommen von 900 M. und mehr hatten in

Stadt	1909	1911	Stadt	1909	1911
Köln	18,84	24,25	Krefeld	25,80	25,71
Düsseldorf	29,09	29,92	Mülheim (Ruhr)	25,11	25,48
Essen	28,10	28,65	Saarbrücken	23,44	24,89
Duisburg	27,11	27,33	Münster	21,40	21,68
Dortmund	26,94	27,79	Bonn	21,18	21,78
Sielefeld	26,74	26,45	Oberhausen	20,32	20,80
Selsenkirchen	26,14	24,98	Hagen	24,90	24,56
Barmen	25,76	27,34	Sielefeld	22,78	24,11
Aachen	19,43	21,00	Remscheid	26,51	27,09
Bochum	27,56	27,24	M.-Glabach	20,27	20,62
				1909	1911
			Gerne	27,07	23,70
			Koblenz	17,36	17,93
			Recklinghausen	28,17	24,79
			Mülheim (Rhein)	24,38	24,30
			Solingen	26,34	27,77
			Trier	16,01	16,17
			Rheydt	19,72	20,55
			Hamm	24,32	24,25
			Mitten	25,40	26,33
			Südenscheid	23,84	26,06
			Herlorn	23,26	24,08

Mehr wie zwei Drittel der 1909 in Rheinland und Westfalen vorhandenen Stadtkreise wiesen also 1911 eine stellenweise sogar erhebliche Erhöhung des Prozentjahres der veranlagten Personen im Vergleich zu 1908 auf. Rund ein Drittel dagegen eine zum Teil auch erhebliche Verminderung. Von diesen Stadtkreisen sind vor allem die außer Betracht zu lassen, welche kürzlich Außengebiete eingemeindet haben, wodurch eine Verschiebung eintreten kann, ohne daß die Zahl der Steuerpflichtigen sich absolut vermindert. Berücksichtigt man das letztere, so muß man sagen, daß neben der Steigerung des durchschnittlichen Mietpreises auch eine Steigerung des Einkommens steht. Ob die Steigerung so erheblich ist, daß sie die Mietpreiserhöhung in Verbindung mit der Verteuerung der übrigen Lebenshaltung ausgleicht oder gar überholt, das kann an der Hand der hier benutzten Unterlagen selbstverständlich nicht beurteilt werden. Für viele Bezirke und weite Volksteile, namentlich der sogenannten untern Erwerbsstände, möchten wir das direkt beibringen. Es muß allerdings dabei auch beurteilt werden, daß mit einer Steigerung der Mietpreise vielfach auch die Beschaffenheit der Wohnungen eine bessere geworden ist, so daß danach von einer Verschlechterung der Wohnverhältnisse auch dann nicht unbedingt die Rede sein kann.

### Die Frauenbewegung.

In einem vorausgehenden Artikel ist dargelegt worden, in welchem großen Maße heute schon die Frauen am Wirtschaftsleben beteiligt sind. Immer neue Massen von Frauen drängen zur Erwerbstätigkeit und suchen Arbeit und Brot in allen möglichen Berufen, da die eigentlichen Frauenberufe zumeist überfüllt sind. Die Mißstände und Schwierigkeiten, die dem weiblichen Erwerbs- und Berufsleben, dem weiblichen Bildungsstreben vielfach noch entgegenstehen, will die Frauenbewegung bekämpfen und beseitigen. Im letzten Jahrzehnt ist ein stärkerer Zusammenschluß der Frauen in Vereinen aller Art zu beobachten. Nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen hat ein Teil der Frauenvereine zum Zweck und Ziel. Die neuzeitliche Gesetzgebung ist dieser Bewegung entgegengekommen, indem sie das Verbot der Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen und Versammlungen 1908 aufhob. In den meisten Bundesstaaten durften bis dahin die Frauen nicht einmal zur Erörterung von Standesfragen in Versammlungen zusammenzutreten. Es mißet eigentümlich an, wenn man das folgende liest:

„Professor Franke verliest hierauf das Referat von Fräulein Helene Simon-Berlin, welches sich an der Hand eines umfangreichen, statistischen Materials hauptsächlich mit der Frage der Erhöhung des Schulalters für jugendliche Arbeiter beschäftigt. Vorstehender Staatsminister v. Berlepsch dankt der Referentin für ihre Referate; zu bebauern sei nur, daß Fräulein Simon nicht zu erkennen geben dürfe — nicht einmal durch Zeichen (Heiterkeit) — daß sie den Dank entgegennehme.“

So geschah zu Köln, 1902, auf einer Versammlung der Gesellschaft für Sozialreform. Fräulein H. Simon durfte nämlich hinter einem Bretterverschlag auf der Gallerie des Saales teilnehmen, nicht aber im Saale

selbst. Derartige Polizeibeschränkungen sind heute nicht mehr möglich; das Versammlungsrecht ist für Männer und Frauen gleich.

Die Reichsgewerbeordnung hat den Frauen hinsichtlich der Führung eines Gewerbebetriebes längst die gleichen Rechte eingeräumt wie den Männern. Es heißt dort:

„Das Geschlecht begründet in Beziehung auf die Befugnis zum selbständigen Betriebe eines Gewerbes keinen Unterschied. Frauen, welche selbständig ein Gewerbe betreiben, können in Angelegenheiten ihres Gewerbes selbständig Rechtsgeschäfte abschließen und vor Gericht auftreten, gleichviel ob sie verheiratet oder unverheiratet sind.“

Zivilrechtlich ist allerdings der Vorbehalt gemacht (§ 1405 BGB.), daß eine Ehefrau zum selbständigen Betriebe eines Erwerbsgeschäftes der Einwilligung ihres Ehemannes bedarf. Pingegen sind in Titel VII der Gewerbeordnung die Frauen besser gestellt und mehr geschützt als die Männer. Auch in der Reichsversicherungordnung sind die Frauen in Bezug auf die Verwaltung der Kassen den Männern gleichgestellt worden: sie können wählen und gewählt werden.

So ist also den Wünschen und Bedürfnissen der erwerbstätigen Frauen durch die Gesetzgebung vielfach Rechnung getragen. Doch sie wollen mehr und hoffen, daß ihre weitergehenden Wünsche mit Hilfe ihrer Organisationen erfüllt werden. Die Zahl der organisierten weiblichen Privatangestellten, Handlungsgehilfeninnen u. dgl. betrug Ende 1910 54 727. Weiter waren bei den „freien“ Gewerkschaften bis zur selben Zeit 161 512 Arbeiterinnen, darunter 6882 Handlungsgehilfeninnen, organisiert. Bei den christlichen Gewerkschaften wurden Ende 1910 21 833 Frauen und Mädchen als Mitglieder registriert. Dem statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches ist zu entnehmen, daß der Verband kath. Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands Ende 1910 28 500 Mitglieder hatte, der Verband süddeutscher kath. Arbeiterinnenvereine Ende 1909 12 000 und der Verband kath. Dienstmädchenvereine bis zur selben Zeit 8510 Mitglieder. Die bei deutschen Frauenorganisationen überhaupt beteiligten Mitglieder werden auf rund eine Million angegeben. Die meisten dieser Frauen sind in ihrem Berufsleben hauptsächlich auf charitativem Gebiete tätig, nämlich 712 000. Als beruflich organisiert wurden 106 746 Frauen gezählt, 60 000 als auf sozialem Gebiete tätig. Politisch organisierte Frauen werden im statistischen Jahrbuch nur 4500, für Ende 1909, angegeben; jedoch ohne Gewähr, da eine Anzahl von Vereinen neuere Angaben über die Zahl ihrer Mitglieder nicht gemacht hat. Es ist aber anzunehmen, daß die Zahl der Mitglieder in den verschiedenen politischen Vereinen für Frauenkimmrecht und in Kolonial- und Flottenvereinigungen beteiligten Frauen, die 1908 rund 12 000 betragen, nicht zurückgegangen ist. Der Bund deutscher Frauenvereine, der 1908 643 Ortsvereine mit 150 000 Mitgliedern umfaßte, hat inzwischen seinen Mitgliederstand auf 250 000 gebracht. Der Verband süddeutscher kath. Arbeiterinnenvereine ist von 12 000 auf 17 769 Mitglieder gestiegen, die Ende 1911 in 114 Vereinen organisiert waren. Der Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine ist auf 33 Vereine mit 3000 Mitgliedern angewachsen.

Unter den Berufsorganisationen der deutschen Frauen stellen die Lehrerinnenvereine eine hervorragende Stellung ein. Bei den Erhebungen 1908 wurden über 40 000 Lehrerinnen als Mitglieder der verschiedenen Vereine gezählt, davon über 10 000 im kath. Lehrerinnenverein; etwas über 900 Lehrerinnen gehören dem Verein christlicher Lehrerinnen (evangelisch) an. Die Lehrerinnen haben schon viel erreicht. Sie sind die ersten gewesen, die in den Staats- bzw. Gemeindefunktion aufgenommen und in ein Beamtenverhältnis überführt wurden. Große Widerstände gab es da vorher zu überwinden. Insbesondere war es die Lehrerschaft, die sich gegen die Aufnahme von Frauen in das Lehramt stemmte. Noch 1906 auf dem Lehrertag in München, an dem sich 6000 Lehrer und 400 Lehrerinnen beteiligten, wurde der Kampfruf des Referenten gegen die Teilnahme des Weibes an der Jugenderziehung mit stürmischem Beifall aufgenommen; die Lehrer ließen dabei zunächst die Lehrerinnen gar nicht zum Worte kommen. Heute steht die Lehrerinnenfrage kaum mehr zur Diskussion. In der Hauptfrage spielen nur mehr die Bildungsfrage, dann die Gehaltsfrage eine Rolle. Der Grundsatz: bei gleicher Leistung, gleiche Bezahlung, ist auch hier, wie bei den meisten Frauenberufen, noch nicht zur Durchführung gelangt.

## Die Rohstoffversorgung der Wollindustrie.

In den Tageszeitungen wurde unlängst gemeldet, daß der Koffer in unserer südwestafrikanischen Kolonie eine größere Farm käuflich erworben habe, um hier die Wollschafzucht betreiben zu lassen. Damit ist die Frage Rohstoffbeschaffung für unsere deutsche Wollindustrie erneut in den Vordergrund des Interesses gerückt worden.

Während früher die europäische Schafzucht fast allein die ganze Wollindustrie mit Rohmaterial versorgte, liefert sie heute nur noch einen verhältnismäßig geringen Teil des Bedarfs. In den meisten Ländern Europas ist wegen des Ueberganges der Landwirtschaft zu intensiveren Betriebssystemen der Bestand an Schafen beträchtlich vermindert worden; in Deutschland von 19 189 Millionen im Jahre 1888 auf 7703 Millionen im Jahre 1907 oder um 59,9 Prozent. Die Abnahme des Schafbestandes betrug in Luxemburg während jener Periode sogar 80,7 Prozent, während sie in den übrigen Staaten, allerdings nur zum Teil 26,7 (Frankreich) und 43,4 Prozent (Dänemark), schwankt. Angewachsen ist der Schafbestand in Großbritannien und Irland um 5,3, in Spanien um 15,8, in Rumänien um 29,9 und in Bulgarien um 21,5 Prozent.

alles für den Zeitabschnitt von 1880 bis 1908. Ein genauer Vergleich des europäischen Gesamtbestandes aus den letzten Jahren mit dem vor 30 bis 35 Jahren ist einwandfrei jedoch leider nicht möglich, weil es an Angaben über russische Verhältnisse fehlt, die wegen des landwirtschaftlichen Charakters dieses Landes von ausschlaggebender Bedeutung sind. Im Jahre 1872 soll das europäische Rußland (ohne Kaukasien) einen Schafbestand von 48 585 Mill. gehabt haben und 1909 von 41 387 Mill. Die letzte Angabe umfaßt aber auch die Zahl der Ziegen. Unter Berücksichtigung der russischen Bestandsziffern hat die Zahl der Schafe von 176 444 auf 160 036 Mill. Stück in Europa abgenommen oder um 5,4 Prozent. Ebenso sind die Aufstellungen über die Produktionsmengen nichts als Rohschätzungen, da sie meist nur auf Grund der Ziffern über die Schafhaltung ermittelt werden und die vielen Verschiedenheiten der Schafzucht, des Alters der Tiere, der Wollsorten, des Grades der Reinigung der Wollen usw. nur ungenügend oder gänzlich berücksichtigt. Man bedient sich deshalb an Stelle der Uebersichten der Wollproduktion mit Vorteil der von gewissen Wollfirmen regelmäßig gelieferten Nachweisungen über die auf den Markt der hauptsächlichsten Wollindustrialänder kommenden Wollmengen. Auf Grund solcher Nachweisungen wurden in Millionen engl. Pfund (1 Pfund = 453 Gramm) an Wolle gewonnen in

	Großbritannien	dem übrigen Europa (ohne Baltanhalbinsel)	Nordamerika	Zusammen
1850	130	470	90	630
1860	140	500	110	750
1880	149	450	277	876
1895	135	450	307	892
1900	141	450	301	892
1905	131	440	309	880
1910	143	420	333	896

Danach ist die Produktion an Wolle in den hauptsächlichsten Verbrauchsländern seit 1880 nicht um nennenswerte Mengen gewachsen und wenn der Konsum, auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, auch nicht zugenommen hätte, so würde die Nachfrage schon durch die starke Bevölkerungszunahme in den genannten Ländern gestiegen sein. Aber die Zunahme der Bevölkerung hat allein keine Verbrauchsvermehrungen zur Folge gehabt, es ist auch eine beträchtliche relative Steigerung des Konsums festzustellen worden. Schätzt man doch den Pro-Kopf-Verbrauch an Wolle in Europa (ohne die Baltanhalbinsel) und Nordamerika für das Jahr 1910 auf 4,99 engl. Pfund gegen nur 2,96 engl. Pfund im Jahre 1850. Den Höchstverbrauch hat das Jahr 1885 mit 5,42 engl. Pfund aufzuweisen. Der Verbrauch war im allgemeinen in den Jahren etwas höher, in welchen die Baumwollerte in beträchtliche Ausfälle aufzuweisen hatte, während aber auch in einigen Jahren die Verbrauchsziffern dieser wichtigsten Textilstoffe in direktem Verhältnis zu einander standen.

Solange die Hauptverbrauchsländer den größten Teil der Wolle selbst herstellen und nur geringe Mengen aus den überseeischen Gebieten bezogen wurden, waren die Preise höher als in der nachfolgenden Zeit. Im Jahre 1805 wurden für einen Zentner sächsischer Elektoralwolle 300 Taler gezahlt oder etwa 1850 M. nach heutigem Gelde, und die hohen Preise veranlaßten einen großen Teil der Landwirte zur Schafhaltung. Die Hauptproduktionsländer der feinen Wolle waren bis zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts Schlesien, Sachsen, Böhmen und Spanien. Aber schon als die ersten Wollen von Uebersee kamen, sanken die Preise. Sie betrugen für die erste Klasse im Jahre 1856 pro Doppelzentner 818 M., 1863 642 M., 1896 372 M. und 1900 250 M. Die einheimischen Mittelsorten kosteten pro Doppelzentner im Jahre 1901 231,3 M., um allerdings von da ab allmählich auf 336,7 M. im Jahre 1910 anzusteigen. (Berliner Notierungen.) Unter dem Einfluß des niedrigen Preisstandes hat gerade in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Schafbestand in Deutschland schnell abgenommen, und als sich hinterher die Schafzucht besser lohnte, war es wegen des erfolgten Ueberganges der Landwirtschaft zu intensiveren Betriebssystemen nicht mehr möglich, den Schafbestand wirksam zu vermehren.

Die europäische Wollindustrie ist deshalb gerade im Laufe der letzten drei Jahrzehnte immer mehr in ihrem Rohstoffbezug von den überseeischen Produktionsgebieten abhängig geworden, und diese Abhängigkeit ist allmählich so weit fortgeschritten, daß der Wollbezug aus Australien, dem Kaplande und den Kaplandstaaten bereits ein ernstes Problem heraufbeschworen hat. An und für sich hätte die Frage noch keine bedenklichen Folgen. Denn es ist einleuchtend, daß die einheimische Landwirtschaft durch die intensiveren Kulturen viel höhere Erträge erzielt und dadurch der Volkswirtschaft mehr dient, als durch die extensive Weidwirtschaft. Was aber zum Nachdenken besonderen Anlaß gibt, das ist die Tatsache, daß auch einige der überseeischen Gebiete, welche uns seit Jahren beträchtliche Wollmengen liefern, namentlich Südamerika, die Wollwirtschaft auf zu Gunsten intensiverer Betriebssysteme vermindern. Die Einfuhr an Wolle nach Europa und Nordamerika aus den Kaplandstaaten haben mit 532 Mill. engl. Pfund im Jahre 1901 bereits ihren Höhepunkt erreicht und weisen von da ab einen ständigen Rückgang auf. Im Jahre 1910 wurden nur noch 433 Mill. engl. Pfund Wolle aus den Kaplandstaaten ausgeführt. Wenn trotzdem seit 1906 die überseeische Zufuhr an Rohwolle gegenüber den vorhergehenden 14 Jahren eine kleine Zunahme aufweist, dann erklärt sich das eben dadurch, daß die Mindereinfuhren aus Südamerika durch den gesteigerten Bezug aus Australien und dem Kaplande mehr als ausgleichend werden konnten. Aus Australien wurden 1910 rund 50 Prozent mehr Wolle bezogen als zehn Jahre vorher und die Wollausfuhr des Kaplandes hat in dieser Zeit sich von 46 auf 125 Mill. engl. Pfund vermehrt. Am bemerkenswertesten dürfte indessen der Umstand sein, daß die Zufuhren aus den überseeischen Gebieten in dem Zeitabschnitt von 1892—1906 trotz aller Bemühungen nicht vermehrt werden konnten. Erst die 1906 in Australien und der Kapkolonie eintretenden Minderungen veränderten dieses Bild wieder. Ob aber die Steigerung der verfügbaren Mengen wie seit 1906 besteht, auch fernerhin anhalten wird und wie lange, läßt sich zur Zeit gänzlich voraussagen. Eine stetige und stark ins Gewicht fallende Produktionszunahme der bisher genannten überseeischen Gebiete wird wegen des zu erwartenden Ueberganges dieser Länder zu intensiveren Betriebssystemen kaum in Aussicht gestellt werden können.

Da aber andererseits der Wollverbrauch keinen Rückgang aufweisen wird, ist es eine wichtige Pflicht der europäischen Volkswirtschaften, die Produktion des Rohstoffes in erster Linie in den Ländern zu vermehren, welche sich ihrer ganzen Natur nach dazu eignen, aber für die Wollausfuhr zur Zeit noch gänzlich in Betracht kommen. Auf diese Weise würde auch verhindert werden, daß der Produktionsausfall eines wichtigen Gebietes, wie es z. B. vor einigen Jahren in

Australien der Fall war, als infolge der Dürre Zehntausende von Schafen eingingen, eine erhebliche Preisänderung nach sich zieht. Würde sich dieses Ereignis einige Mal in Australien wiederholen, dann dürfte man in Europa von einer „Wollnot“ nicht mehr entfernt sein. Als die einzigen für die Schafzucht in Betracht kommenden Gebiete Afrikas gelten heute allgemein die gemäßigten Zonen des südlichen Afrika, namentlich Deutsch-Südwest und die Hochländer im Osten.

In der richtigen Erkenntnis, daß das Basalt-Ramagebiet in Deutsch-Südwestafrika sich besonders gut für die Schafzucht eignet, wurde im Jahre 1909 in Berlin das „Wollschafzucht-Syndikat“ gegründet. Bis jetzt sind 370 000 ha Land erworben, von denen etwa der zehnte Teil bereits bewirtschaftet wird. Die Zahl der Schafe ist jedoch mit 3600 noch ziemlich gering und ohne Bedeutung für die Wollversorgung Deutschlands. Aber die Arbeit des Syndikats berechtigt zu den besten Hoffnungen, da einmal die Wasserverhältnisse des in Betracht gezogenen Gebietes günstig sind und die Zucht auf ertensivster Grundlage durchgeführt werden soll. Das Syndikat ist ferner an der Deutsch-Südwestafrikanischen Wollzücherei beteiligt, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und 2 1/2 Millionen Mark Stammkapital. Zum Ankauf von Schafen hat dieses Unternehmen jedoch erst 500 000 M. ausgeben können, da der Erwerb ungeheurer Flächen, deren Einzäunungen und die übrigen Anlagen den größten Teil der Mittel verschlangen. Die Gesellschaft hat ausschließlich australische Merinos angekauft, wovon in Britisch-Südafrika bereits 100 000 Stück sind und sich dort besser als die Großbreits bewähren, obwohl die Zahl dieser letzten Schafsorte die der Merinos heute schon in den überseeischen Produktionsländern überwiegt. Wenn die deutschen Unternehmungen in Südwestafrika den Weltmarktpreis für Wolle beeinflussen wollen, dann müssen sie zum mindesten 2 Millionen Schafe besitzen, die in den beiden nächsten Jahrzehnten wohl kaum zu beschaffen sein werden. Das einzige Risiko der Gesellschaften liegt nicht in etwaigen Absatzschwierigkeiten, sondern nur in der Möglichkeit, daß infolge anhaltender Dürre ein großes Sterben unter den Tieren auftritt, wie wir es in Australien und dem Kaplande wiederholt erlebt haben. Wenn auch die beiden deutschen Unternehmungen erst nach vielen Jahren im Stande sein werden, den größten Teil unseres Wollbezuges aus Uebersee zu decken, so sind sie heute doch schon dadurch von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß sie auf der Grundlage des Großbetriebes die Wollversorgung aus unseren Kolonien in Fluß gebracht haben.

Die Bedeutung der Schafzucht in den deutschen Kolonien wird aber erst dann voll ins Licht gestellt, wenn man die hohen Summen heranzieht, welche für überseeische Wolle bezahlt werden. Wir führten 1910 für 389,8 Millionen M. Wolle ein, 1907 sogar für 394,0 Mill. und 1903 für 238,6 Mill. M., sodaß Wolle dem Werte nach an zweiter Stelle unter den deutschen Einfuhrwerten steht und nur noch von der Baumwolle übertroffen wird. Aus dem australischen Bund kamen 1910 allein für 263 Mill. M. Wolle. Deutschland ist nachgerade der zweitgrößte Wollkonsument der Erde geworden und sein Bedarf erreicht ein Viertel der gesamten Produktion. Wir haben somit allen Grund, uns über etwaige Fortschritte der Wollzucht in unseren Kolonien zu freuen.

## Allgemeine Rundschau.

**Mehr Mitarbeiter.** Unser Verband, wie auch die Gesamtbewegung haben in den letzten Jahren sowohl eine äußere wie innere Erstarkung erfahren. Beide genießen auch ein stets zunehmendes Ansehen in der Öffentlichkeit. Wir haben heute Vertreter in einer Reihe sozialer und gemeinnütziger Institutionen und Vereinigungen. Damit ist das Betätigungsgelände auch für die noch im Arbeitsverhältnis stehenden gewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen weiter und vielfältiger geworden. Das bedingt aber auch eine möglichst weitgehende Arbeitssteigerung. Es ist nicht angängig, daß die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner noch mit allen möglichen Nebenamttern belastet werden. Der Einzelne vermag sonst den ihm übertragenen Aufgaben nicht mehr gerecht zu werden. Ueberlastung führt leicht zur Amtsmüdigkeit.

Nun wird eine vernünftige Arbeitssteigerung nur allzu oft erschwert durch den Mangel an Mitarbeitern. Wir müssen also unser Hauptaugenmerk darauf richten, solche zu gewinnen. Das ist nicht nur für unsere Beamten, sondern auch für die Ortsgruppenvorstände eine dankbare Aufgabe. Die letzteren müssen stets bestrebt sein, mit geeigneten Kollegen und Kolleginnen persönlich Fühlung zu nehmen und diese zur Mitarbeit zu bewegen. Es ist nicht nötig, abzuwarten, bis irgend ein Posten vakant wird; Mitarbeiter sind immer zu gebrauchen. Man verlasse sich dabei nicht allzu sehr auf die Vorschläge in den Versammlungen. Hier holt man sich zunächst allzu viel Körbe, und die vorgelegenen Kollegen sind auch nicht immer die fähigsten und geeignetsten.

Notwendig ist auch, daß man die gewonnenen Kräfte achtet und respektiert und auch mal ehrt und auszeichnet. Man lade z. B. die Vertrauensmänner und die übrigen Mitarbeiter gelegentlich mal zu einer gemeinsamen Sitzung ein und gebe ihnen Gelegenheit, ihre Erfahrungen praktisch zu verwerten, oder man lasse wenigstens die Vertrauensmänner in den Mitgliederversammlungen am Vorstandstische Platz nehmen. In den Generalversammlungen widme man den Mitarbeitern ein Wort des Dankes und der Anerkennung. Bei Gewerkschaftsfesten und sonstigen Veranstaltungen räume man ihnen und ihren Familien einen gewissen Vorzug ein, etwa durch unentgeltlichen Eintritt, Befreiung von besonderen Plätzen und dergleichen. Wird irgendwo das zehnjährige Bestehen gefeiert, so ist es angebracht, der „Veteranen der Arbeit“, der langjährigen Mitarbeiter, besonders zu gedenken und sie auf irgend eine passende und sinnvolle Weise zu ehren und auszuzeichnen. Wir wissen zwar, daß unsere sich in der Bewegung betätigenden Kollegen auf derartige Neußerlichkeiten nicht viel geben, aber immerhin als Ausfluß des Dankes und der Anerkennung für ihre treue und mühevoll geleistete Arbeit sind sie willkommen und werden aneifernd.

Handeln wir nach diesen Vorschlägen, dann wird es nicht allzu schwer sein, neue Kräfte für unsere Bewegung zu gewinnen. Noch sind Idealismus und persönlicher Opferinn nicht ausgekoren in unsern Reihen. Es handelt sich nur darum, an die geeigneten Kräfte heranzulommen und für die Mitarbeit zu begeistern.

**Im Kampfe groß und stark geworden.** Von den christlichen Gewerkschaften kann man das mit Recht sagen. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung geht es nicht anders als allen großen Bewegungen: sie muß einen schweren Kampf kämpfen, bis sie sich allenthalben durchgesetzt hat. Dieses Ringen vollzieht sich bald in ruhigeren, bald in bewegteren Stadien. Besonders laut spielte sich der Kampf ab um die Stellung der christlichen Gewerkschaften im letzten halben Jahre. In dieser Periode hat eine große Situation die andere abgelöst. Mit dem Reichstagswahlkampf wurde das Jahr 1912 eingeleitet. Die bürgerlichen Parteien leisteten an gegenseitiger Befehdung noch nie Dagewesenes. In solcher Situation feierte der politische Radikalismus seine Triumphe; die Sozialdemokratie führte die Ernte in ihre Scheune. Die christlich-nationale Arbeiterchaft hat sich bei diesem Kampfe tapfer geschlagen und den Nachweis erbracht, daß sie in entscheidenden Situationen vor dem sozialdemokratischen Ansturm nicht zurückweicht.

Es folgte der Ruhrbergarbeiterstreik. Der Streit war ein gewerkschaftlicher Skandal. Alle Voraussetzungen zu einem Erfolge fehlten ihm. Für den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter gab es bei solcher Sachlage nur zwei Möglichkeiten: entweder, er mußte wider bessere Überzeugung seine Mitglieder in einen aussichtslosen Kampf führen und sich damit für alle Zeiten zum sozialdemokratischen Vassallen erniedrigen — was eine Preisgabe des Charakters als stärkere, selbständige Organisation bedeutet hätte —, oder aber mit dem sozialdemokratischen Verbände einen Kampf riskieren um Sein oder Nichtsein des Gewerkschafts. Er wählte den letzteren Weg; mit welchem Ergebnis, ist bekannt.

Und dann kam der Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein der christlichen Gewerkschaftsbewegung überhaupt: der Kampf um die Grundlagen und den Charakter der christlichen Gewerkschaften, der in den letzten Wochen auf seinen Höhepunkt getrieben wurde. Aber auch mit diesen Auseinandersetzungen war den christlichen Gewerkschaften nichts anzuhängen. Mit dem „Ende der christlichen Gewerkschaften“ oder auch nur mit dem „Anfang vom Ende“, wie es die sozialdemokratische Presse in den letzten Wochen wieder einmal in langen Artikeln ankündigte, hat es noch keine gute Weile. Die christlichen Gewerkschaften sind keine im Treibhaus gezüchtete Pflanze. Sie haben die feierlichen Stürme abgewehrt und verspüren auch in der Gegenwart nicht die allerniedrigste Reizung, sich auf ihr etwaiges Ende vorzubereiten. Sie sind vielmehr, wie in der Erklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes vom 3. Juni ausgeführt wurde, „organisch und unzertrennbar verankert mit dem gesamten volkswirtschaftlichen und staatlichen Leben der Nation“. Was man der christlichen Gewerkschaftsbewegung antun könnte, wäre lediglich: ihre Entwicklung vorübergehend verlangsamten, sonst nichts.

**Hände weg!** muß man den Kriegervereinen zurufen, wenn sie sich mit ihren Unterstützungsanstaltungen auf ein Gebiet begeben, das das ureigenste Gebiet der Ge-

werkschaften ist. Und doch sind Versuche in der Richtung, belanntlich im deutschen Kriegerbunde, bereits unternommen worden. Und auf dem am 7. Juli in Düsseldorf stattgefundenen Marinelkongreß wurde auch von der Zeitung der Wille zum Ausdruck gebracht, eine Unterstützung einzuführen, „die die Mitglieder der Marinevereine vor Streikschaßen und Arbeitslosigkeit zu schützen in der Lage ist“. Unsere Mitglieder, die den militärischen Vereinen angehören, müssen sich gegen diese Bestrebungen ganz entschieden zur Wehr setzen. Sie schillern sehr ins „Gelbe“ und sind nur geeignet, der gewerkschaftlichen Sache Abbruch zu tun. Mit aller Entschiedenheit wendet sich auch der letzte Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften gegen diese Kriegervereinsversuche.

„In einer Abwehr“, so heißt es da, „sahen sich die christlichen Gewerkschaften genötigt gegenüber dem Bestreben der Zeitung der Kriegervereine, rein gewerkschaftliche Unterstützungen als Lockmittel zu gebrauchen, um ihre Mitgliederziffern zu erhöhen. Es ist gewiß das gute Recht jeder Organisation, zur Stärkung ihrer Reihen zu den ihr passend erscheinenden zulässigen Mitteln zu greifen. Aber darum handelt es sich hier nicht. Wir haben es hier vielmehr mit einer Aktion zu tun, die, wenn auch nicht in der Absicht derjenigen, die sie unternahmen, so doch in ihrem tatsächlichen Effekt auf ein Experiment nach Art der gelben Gewerkschaften hinausläuft. Und als solches verpflichtet es uns zur entschiedensten Bekämpfung.“

Die Kriegervereine wollen Vereine sein zur Pflege patriotischer Gesinnung. Seit wann verträgt sich aber nationale Gesinnung mit der Gesinnungslosigkeit, wie sie aus jeder Arbeiterbewegung resultieren muß, die, wie Gebilde vom Schläge der gelben Gewerkschaften, die Selbständigkeit der Arbeiter zugunsten solcher Faktoren, die zum Teil entgegengesetzte Interessen wie die Arbeiter haben, preisgeben? Die echte und rechte Arbeiterinteressenvertretung ist ja gerade dazu da, dem Arbeiter durch den Zusammenschluß jedes unbedingt erforderliche Maß von Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit zu gewährleisten, auf das er als einzelner infolge seiner heutigen wirtschaftlichen Stellung verzichten muß. Je weiter dem national denkenden Arbeiter die Tore zu einer solchen Organisation offen stehen, umso eher hält er sich von Bestrebungen fern, die zuguterletzt seine nationale Gesinnung untergraben. Die christlichen Gewerkschaften suchen diesen Voraussetzungen soviel wie möglich zu entsprechen, mit dem Erfolge, daß sie über eine Kerntruppe verfügen, deren nationale Zuverlässigkeit sich in den ärgsten Stürmen in geradezu vorbildlicher Weise bewährt hat. Und nun kommen sich national nennende Organisationen, um ihnen auf ihrem eigenen Gebiete unläuteren Wettbewerb zu machen, indem sie zu — im Endeffekt — zu gelben Experimenten die Hand bieten!

Wir werden dieses Eindringen wesenfremder Organisationen in das gewerkschaftliche Gebiet in der denkbar schärfsten Weise bekämpfen. Wir hegen zu jenen Kriegervereinen, die auf die Mitgliedschaft christlicher Arbeiter reflektieren, das Vertrauen, daß sie ihre Leitung davon abhalten werden, einen folgenschweren Fehler zu begehen.“

**Die christlichen Gewerkschaften — unersehbar.** „Die christliche Gewerkschaftsbewegung verfügt“, so schreibt

der Berichterstatter im „Zentralblatt“ über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911, „auf der feierlichen Grundlage und Basis über eine bald fünfzehnjährige Geschichte. Ihre Mitglieder und Führer können nicht die während solch langer Zeit angenommenen und vertretenen Grundzüge etwa wechseln, wie man einen Rock wechselt. Eine konfessionelle Gewerkschaftsbewegung ist heute in Deutschland eine Unmöglichkeit. Schon die christliche Gewerkschaftsbewegung hatte einen außerordentlich schwierigen Stand, um zu ihrer heutigen Stellung zu gelangen. Inzwischen hat sich die Situation zu gewerkschaftlichen Neubildungen weiter verschlechtert. Als 1899 die christlichen Gewerkschaften sich zu ihrem ersten Kongreß zusammensanden, zählten die sozialdemokratischen Gewerkschaften noch nicht ganz 600 000 Mitglieder und verfügten über eine Jahreseinnahme von 7 1/2 Millionen Mark und über ein Vermögen von 5 1/2 Millionen Mark.“

Inzwischen sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf 2,4 Millionen Mitglieder angewachsen mit einer Jahreseinnahme von etwa 70 Millionen Mark und einem Vermögensbestand von über 50 Millionen Mark. Gegenüber diesem Vorsprung sich zu behaupten, ist für die Minderheitsorganisationen in der Arbeiterbewegung ebenso schwer, wie der Kampf des Klein- und Mittelbetriebs gegen den Großbetrieb. Auch die geistigen Kämpfe, insbesondere die Kämpfe in der Arbeiterbewegung, werden nicht ausschließlich mit Ideen, sondern zum großen Teil mit wirtschaftlichen Machtmitteln ausgetämpft.

Das Zusammenwirken in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist ausschließlich gegenseitige Vertrauenssache. Die evangelischen Arbeiter befanden sich seither in der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Minderheit; sie haben sich der Bewegung angeschlossen im festen Vertrauen auf ein dauerndes Zusammenwirken. Als die christliche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren unausgesetzt durch die bekannten Preßtreiberbeeren beunruhigt wurde, vergewisserten sich selbstverständlich die führenden evangelischen Kollegen über den Stand der Dinge. Die katholischen Führer konnten ihnen auf Grund der besten Informationen sagen, daß zu Befürchtungen keinerlei Veranlassung vorliege. Wenn daher heute die katholischen Führer von ihren evangelischen Kollegen abdrücken wollten, bedeutete dieses nach den Vorgängen der letzten Jahre eine Treulosigkeit, zu der weder die katholischen Führer noch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegenüber ihren evangelischen Kollegen fähig sind. Die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften hätten zudem bei entgegengesetztem Verhalten ihre Rolle im öffentlichen Leben Deutschlands ausgepielt. Es ist schließlich etwas anders, eine akademische Gesellschaft umzugestalten, als eine nach Hunderttausenden von Mitgliedern zählende Gewerkschaftsgruppe, die mit den praktischen Verhältnissen eines Landes völlig verwachsen ist. Leistungsfähige Gewerkschaften, insbesondere solche nach deutschen Begriffen, lassen sich nicht aus der Erde stampfen. Dazu gehören vielmehr eine Anzahl Voraussetzungen, was wohl niemand besser als die Vertreter der katholischen Fachabteilungen erfahren hat. Die christlichen Gewerkschaften haben nach der religiös-sittlichen Seite ihren Mitgliedern alle möglichen Garantien geboten. Sie haben nach dieser Richtung mehr getan, als irgend eine andere Organisation gleicher Art. Von einer etwaigen Umgestaltung der christlichen Gewerkschaften kann also gar keine Rede sein; darüber ist jede Diskussion nutzlos.

## Die Leineweber als „unehrliche Leute“.

In der ersten Zeit der deutschen Städteentwicklung wurde das Handwerk überall als „freie Kunst“ betrieben, das heißt, jeder Handwerker konnte seinen Beruf so treiben, wie es ihm beliebte. Erst später kamen die Zünfte auf, die nicht nur straffe Organisationen des Handwerks waren, sondern die auch obrigkeitliche Funktionen hatten und die auch eine Art Gewerkepolizei darstellten. Mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Zünfte wurden auch die in den Zünften vereinigten Handwerker viel einflussreicher, und sie begannen, sich als etwas Besseres zu fühlen. Gab es vorher keinerlei Beschränkungen über die Zugehörigkeit zu einem Handwerk, so wurde es später oberste Voraussetzung, daß nur Leute „ehrlicher Geburt“ als Meister, Geselle oder Lehrling Angehöriger des Handwerks werden konnten. Als von „unehrlicher Geburt“ galten von vornherein alle unehelich geborenen Kinder und die Findelkinder, ferner die Kinder der Stadtschlichter (Polizisten), der Gerichtsdienste, der Vor- und Turmwächter, die Kinder der Feldhüter, Scharfrichter, Zollbeamten, der Nachtwächter, Spielleute, Bettelwoge, Straßenkehrer, Barbier, Schärer und Müller. Die Mißachtung aller dieser Berufsgruppen war in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sie unfrei machten, die Angehörigen dieser Berufe gewöhnlich als Beauftragte von Behörden nicht die Freiheit, die sich die Handwerker bereits erobert hatten. Zu diesem Grund kamen freilich auch noch andere, bei den Spielarten des vagabundierenden Lebens, bei den Schäften der Gasse, daß sie mit dem Leinweber in Verbindung setzen, bei den Scharfrichtern das graue Gewerbe um.

Zu den mißachteten Leuten kamen auch die Leineweber, auch sie galten als „unehrlich“, als mauerwerkartig gegenüber anderen Handwerkern. Häufig wird angenommen, die Leineweber seien nur deshalb als „unehrlich“ angesehen worden, weil sie meistens das Gargespinnst, das ihnen zum Weben übergeben worden war, für den Auftraggeber nicht voll aufarbeiteten, sondern einen Teil für sich zurückbehalten. Diese Auffassung dürfte als irrtümlich anzusehen sein. Gewiß werden die Weber oft beschuldigt, daß sie Garn für sich einbehalten, aber diese

Beschuldigungen traten wohl erst später hervor und waren mehr eine Folge ihrer „Unehrlichkeit“, das heißt ihrer gegenüber den anderen Handwerkern geringeren sozialen Stellung und weniger der Grund zur „Unehrlichmachung“. Der Grund, warum die Leineweber für unehelich galten, dürfte in einer anderen Ursache zu suchen sein. Während die anderen Handwerkerberufe meistens in den Städten betrieben wurden, gab es in der Weberei auch noch auf dem Lande große Massen von Webern. Diese Weber auf dem Lande hatten sich natürlich noch nicht die freie Stellung errungen, wie es bei den städtischen Handwerkern der Fall war, und als nun dann diese Weber aus den Landbezirken in großem Umfange in die Städte gezogen und dort auch ohne weiteres in die Webezünfte aufgenommen wurden, wollten die übrigen Handwerker mit den Webern und besonders mit den Leinwebern nichts mehr zu tun haben. Aus diesem Verhalten der anderen Handwerker, der Schuster, Schneider, Tischler, Schmiede, Steinhauer usw., das vielleicht zunächst nur eine gesellschaftliche Vogelhütung war, wurde dann eine soziale und wirtschaftliche Achtung — die Leineweber waren „unehrlich“ geworden. Wie die Leineweber selbst nicht in den Rat der Stadt gewählt werden konnten oder ein anderes städtisches Ehrenamt übernehmen durften, so konnten auch die Kinder der Leineweber nicht in einen Handwerkerberuf übertreten, bei dem „eheliche“ Geburt die erste und oberste Voraussetzung war.

Für einen „ehelichen“ Handwerker, das heißt für einen Handwerker, der nicht zu den oben erwähnten „unehrlichen“ Berufen gehörte, gab es nichts schimpflicheres, als mit dem Scharfrichter, mit dem Galgen oder auch nur mit einem Gerichtshaus in Verbindung gebracht zu werden, diese Abtönung ging so weit, daß Handwerker, die, wenn auch nur aus Unkenntnis über seine Persönlichkeit, mit dem Scharfrichter an einem Tisch gesessen hatten, mit Schimpf und Schande aus der Zunft entfernt wurden, und es ist vorzunehmen, daß Handwerker an einem Gerichtshaus, in dem Verbrecher gesessen hatten, nur dann Reparaturen vornehmen, wenn vorher dieses Haus durch die Obrigkeit durch gewisse Zeremonien wieder für „ehelich“ erklärt worden war. Die Leineweber als „unehrliche“ Leute hatten aber keineswegs derartige Ansprüche zu stellen, im Gegenteil war ihnen vielfach von der Obrigkeit die Pflicht auferlegt, bei Galgenbauten beifällig zu sein.

Entsprechend den roheren Sitten im Mittelalter wurden die Leineweber, ebenso wie die anderen „unehrlichen“ Leute, von den „ehelichen“ Handwerkern auch viel verspottet und verlästert. Weil die Leineweber wohl meistens zu den Handwerkern gehörten, deren Einkommen nicht allzu hoch war, hieß es:

„Die Leineweber nehmen keinen Lehrlingen an, Der nicht sechs Wochen lang hungern kann.“

Wie andere Handwerker sich im Gesang übten, so taten dies auch die Leineweber und sie werden gewiß nicht schlechter gesungen haben als die Handwerker; denn warum sollten gerade die Leineweber alle eine schlechte Singstimme gehabt haben. Trotzdem aber hieß es von ihnen:

„Die Leineweber machen eine saubere Musik, Als führen 20 Müllerwagen über die Brück.“

Am häufigsten wurden aber Spottlieder auf die Leineweber gesungen, die auf die Unrechtfertigkeit und auf die Betrügerei anspielten. In einem Spottlied hieß es:

„Die Leineweber bilden eine ehrliche Zunft, Unterm Galgen ist ihre Zusammenkunft.“

Ein anderes Spottlied auf die Leineweber begann:

„Der Leineweber schlachtet alle Jahr' zwei Schwein', Das eine ist gestohlen, das andre nicht sein.“

Verständlicherweise scheint aber diese Mißachtung der Leineweber doch nicht bestanden zu haben; denn zum Beispiel in Hamburg war die Korporation der Leineweber sehr angesehen. Die Leineweber hatten dort das volle Bürgerrecht und wurden auch zur militärischen Verteidigung des Stadtgebietes mit herangezogen. Von den Hamburger Leinwebern wird auch ausdrücklich berichtet, daß sie gute Ware anfertigten und daß die Zunft streng darauf sah, daß betrügerische Manipulationen unterblieben. Erst im 18. Jahrhundert wurden die Leineweber, wie einige andere Handwerksberufe, durch besondere Reichsordnungen für „ehelich“ erklärt; dem Gesetz nach waren von dieser Zeit ab die Leineweber ebenso „eheliche“ Leute wie die anderen Handwerker. Die Leineweber konnten Ehrenämter in der Gemeinde übernehmen und ihre Kinder konnten in Berufe übertreten, die ihnen vorher verschlossen waren, aber alles das war nur offiziell, nach den Buchstaben des Gesetzes. In Wirklichkeit dauerte es noch lange, bis auch die Leineweber neben den anderen Handwerksberufen als gleichberechtigt angesehen wurden. M. A.

Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs haben im vergangenen Jahre zwar keine ungünstige Entwicklung genommen, jedoch ist die Mitgliederzahl infolge vieler Umstände nicht in einem gewünschten Maße aufwärts gegangen.

Zunächst haben sich die Verbände im vergangenen Jahre mehr den inneren Reformen, wozu vielfach Beitragserhöhungen zählten, zugewandt, worunter die Agitation für die äußere Ausbreitung etwas litt. Dann aber haben der Zentralkommission, eine Stelle ähnlich unserer Generalsekretariat in Köln, nicht genügend Mittel zur Agitation zur Verfügung gestanden. Diesem Mangel ist jetzt abgeholfen worden. Schließlich hat aber die politische Wahlbewegung das Gewerkschaftsleben beeinträchtigt. In Oesterreich sind die Arbeiterberufsorganisationen viel inniger mit dem politischen Leben des Landes verbunden, als es in ihrem eigenen Interesse liegt. So muß der Bericht der Zentralkommission beklagen, daß viele Gewerkschaftler ob ihrer politischen Betätigung die gewerkschaftliche Arbeit ganz vergessen hätten.

Trotzdem haben die der Zentralkommission angeschlossenen Verbände einen Gesamtzuwachs an Mitgliedern von 1531, sodaß ihre Gesamtmitgliederzahl Ende des Jahres 1911 45323 betrug.

Einige nationale Berufsorganisationen, denen der Chauvinismus den Beitritt zum christlichen Gesamtverbande hindert, haben stark gelitten. Zusammen zählen diese Nationalverbände (Slowenische, Tschechische und deutsche Organisation) rund 32000 Mitglieder. Die sämtlichen nichtsozialdemokratischen Arbeiterberufsverbände verfügten über 82052 Mitglieder.

Die Klassenverhältnisse der der Zentralkommission angeschlossenen Organisationen haben sich im vergangenen Jahre günstig entwickelt. Sie hatten in den letzten drei Jahren folgende Einnahmen und Ausgaben:

	Einnahmen:	Ausgaben:
1909:	K 474 743,37	K 428 381,58
1910:	" 693 655,93	" 483 381,58
1911:	" 755 816,94	" 524 298,90

Das gesamte Vermögen betrug: 1909: K 190287,69; 1910: K 261408,32; 1911: K 311045,73.

Die Vermögenszunahme beträgt gegen das Vorjahr 49637,41 K oder 15,96 Prozent.

Recht deutlich kommt die zunehmende Verbesserung der Finanzlage unserer österreichischen Bruderverbände bei einem prozentualen Vergleich der Klassenverhältnisse zum Ausdruck.

Es entfielen auf den Kopf des Mitgliedes an

Jahr	Einnahmen	Vermögen der Hauptkasse	Jahr	Einnahmen	Vermögen der Hauptkasse	Jahr	Einnahmen	Vermögen der Hauptkasse
1911	11 K 82 h	1911	5 K 23 h	1911	6 K 73 h			
1910	11 " 28 "	1910	4 " 41 "	1910	5 " 49 "			
1909	10 " 41 "	1909	3 " 44 "	1909	4 " 17 "			

Die Vermögensentwicklung weist demnach in den letzten drei Jahren eine entschiedene Gesundung auf.

Bemerkenswert ist noch, daß unser Bruderverband, der christliche Textilarbeiterverband Oesterreichs, die weitaus stärkste Organisation in dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs darstellt.

Wir wünschen unseren österreichischen Freunden für das laufende Jahr viel Glück in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit.

Hirsch-Dundersche Blätter über christliche Gewerkschaften. Ein Hirsch-Dundersches Provinzialblättchen, das sich stolz „Mitteldeutscher Kurier“ nennt, befaßt sich (Nr. 24, 1912) in einem mit „Kraich im Zentrumsturm“ überschriebenen Artikel mit den politischen Wahlen im Saargebiet und den christlichen Gewerkschaften. Es plappert die in anderen Zeitungen aufgestellte Behauptung nach, daß die christlichen Gewerkschaften bei der Nachwahl Saarlouis-Werzig eine Arbeiter-Sonderkandidatur aufgestellt hätten. Zum Schluß läuft dem genannten Blättchen anscheinend alles Lunterbund durcheinander, denn es wirft mit ernster Miene folgende Frage auf:

„Interessant ist bei der Sache die Frage: Wer bezahlt die Kosten der Kandidatur Saueremann? Sind sie von der christlichen Gewerkschaftskasse entrichtet worden, oder von einer Gruppe der Bachemiten?“

Da sich diese spassige Frage nur auf die Reichstagswahl in Saarbrücken beziehen kann, wo Saueremann kandidierte, so sei auf folgendes hingewiesen: Im Saarbrücker Wahlkreis selbst hat man den christlichen Gewerkschaften vorgeworfen, sie hätten die Kandidatur Saueremann bekämpft und zu Fall gebracht, während das Hirsch-Dundersche Blättchen vielsagend fragt, ob die christliche Gewerkschaftskasse die Wahlkosten für Saueremann gedeckt habe. Eins ist so falsch wie das andere. Das Geschreibsel des Mitteldeutschen Kurier ist von demselben Wert, wie die kürzlich vom „Gewerksverein“, dem Hirsch-Dunderschen Hauptorgan, aufgestellte Behauptung, daß sämtliche Führer der christlichen Gewerkschaften mit einer einzigen Ausnahme Anhänger der Zentrumspartei wären. Oder wie der vom „Regulator“, dem Organ der Hirsch-Dunderschen Metallarbeiter, verbreitete Unsinn, die christlichen Gewerkschaften in Sachsen würden vom Geld der Konserativen ausgehalten. — Sonderbar! Wenn sich Hirsch-Dundersche Organe mit den christlichen Gewerkschaften beschäftigen, kommt fast regelmäßig das unsinnigste Zeug zutage, sodaß die Frage nahe liegt: Ist's mangelnde Kenntnis der christlichen Arbeiterbewegung oder vorgefaßtes Uebelwollen?

Freihandel und Textilarbeiterchaft. Auf der letzten Generalversammlung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter wurde nach einem Referat des Zentralvorstandesmitglieds Säckel eine Resolution angenommen, die nichts weniger als den unbedingten Freihandel fordert. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die 11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu Stuttgart betont laut die enorme Schädigung der Textilindustrie und ihrer Arbeiter durch die bisher im Interesse kleiner Schichten der bestehenden Klassen gelebte Wirtschaftspolitik des Reiches. Sie erhebt nachdrücklich vor aller Öffentlichkeit das einmütige Verlangen der gesamten freitragenden Textilarbeiterchaft, ein Ende zu machen mit der Politik der Abschleppung und Sperrung der Reichsgrenzen gegenüber der Einfuhr von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen aus dem Ausland. Die Politik der Abschleppung fremder Nationen vom inländischen Markt im Zeitalter hochentwickelter Produktivkräfte und fortschreitender Industrialisierung schädigt in höchstem Maße die Exportinteressen der deutschen Textilindustrie und schwächt durch rapide Steigerung der Preise aller Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel die Kaufkraft des Volkes im Inlandsmarkt.

Beeinträchtigung des Exports und Schwächung der Kaufkraft des Volkes im Innern widerstreitet dem vitalsten Interesse der Textilindustrie, welche in ihrer Gesamtproduktion zur Hälfte auf den Absatz im Auslande und fortgesetzte Steigerung des Bedarfes der großen Massen im Inlande angewiesen ist. Die Generalversammlung fordert deshalb von Regierungen und Parlamenten Rückkehr zur Politik ungehinderten Austausches der Produkte zwischen den Nationen. Sie beauftragt den Vorstand des Verbandes, in Wort und Schrift seine Mitglieder und die gesamte Öffentlichkeit auf die bevorstehenden Kämpfe um Zolltarife und Handelsverträge und auf die bisher außer acht gelassene Berücksichtigung der Interessen der Textilindustrie und ihrer Arbeiter aufmerksam zu machen. Desgleichen sind die Forderungen der Arbeiter den Regierungen und Parlamenten nachdrücklich und eingehend zu unterbreiten.“

Es wird sich später genügend Gelegenheit finden, zu zeigen, wie sehr die Forderung der Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes den Interessen der Textilarbeiter schnurstracks zuwider läuft. Daß die deutsche Wirtschaftspolitik für unsere Textilindustrie auch gewisse Nachteile im Gefolge gehabt hat, soll nicht bestritten werden, aber diese verschwinden doch gegenüber den großen Vorteilen, die sie im allgemeinen gerade der Textilindustrie gewähren konnte. Doch darüber ein andermal. Heute möchten wir nur sagen, daß in den Kreisen der deutschen Textilindustriellen sowohl als aller Kenner der Verhältnisse die unbedingt Notwendigkeit eines Zollschutzes für sie entschieden betont wird. Würden die Forderungen der Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes unter den gegebenen Verhältnissen verwirklicht werden, dann würden sinkende Löhne, wechselnde Arbeitslosigkeit und außerordentliche Erschwerung der gewerkschaftlichen Aktionen die nächsten unausbleiblichen Folgen sein. Wir fordern unsere Mitglieder auf, in den Kreisen der Textilarbeiterchaft mit allem Nachdruck auf diesen direkt arbeiterfeindlichen Standpunkt des „deutschen“ Verbandes, der dem politischen Prinzip der Sozialdemokratie zuliebe angenommen wird, hinzuweisen.

Uebrigens ist dieser Standpunkt auch nach einer anderen Richtung hin bemerkenswert: Als wir im vorigen Jahre den „Textilarbeiter“ festnagelten wegen seines arbeiterfeindlichen Standpunktes in der Zollfrage, da suchte er sich damit herauszureißen, daß er erklärte, er habe niemals Abschaffung der Zölle für die deutschen Webereiarbeiter gefordert. Das war nur ein jammervolles Verlegenheitsgeflummel. Wenn es ihm aber recht ist mit seinen Zöllen für die deutschen Webwaren, dann möge er nun gegen den Beschluß seiner Generalversammlung Stellung nehmen. Denn das deckt sich dann doch nicht mit dem Standpunkte des „Textilarbeiters“. Oder hat sich der „Textilarbeiter“ hier auch nur — ach — der Diktatur des Zentralvorstandes fügen müssen?

Ein Spiel mit dem Feuer. In Zürich (Schweiz) inszenierten die Genossen am 12. Juli einen 24 stündigen Generalstreik. Veranlassung hierzu gab das partielle Streikpostenverbot, das der Stadtrat auf Weisung der Regierung infolge der sozialdemokratischen Streikaustrittsaktionen erließ, sowie der Import ausländischer Streikbrecher durch die Unternehmer. Der Generalstreik war indes, wie die „Frankf. Btg.“ konstatiert, bei weitem kein vollständiger. Er wäre es wohl noch weniger gewesen, wenn nicht die Gewalt manchen Arbeiter von der Arbeit ferngehalten hätte. Die Genossen hielten in Massen die Eingänge zu den Betrieben besetzt, und was dies bei dem Geiste, der diese Leute besetzt, bedeuten will, brauchen wir nicht weiter auseinanderzusetzen. Daß der Generalstreik doch nicht ganz so friedlich verlief, wie es die sozialdemokratische Presse zu schildern weiß, bekämpft selbst die „Frankf. Btg.“. Sie schreibt (Nr. 196, 1912):

„Wenn aber heute die sozialdemokratische Presse im schwülstigsten Reklamestil behauptet, der Streik sei musterhaft verlaufen und eine glänzende Offenbarung des Solidaritätsgefühls der Arbeiterchaft gewesen, so darf man schon einige Fragezeichen dazu machen. Einmal haben die Italiener trotz aller Mahnungen der Streikleitung kräftig über die Schenur gehauen, haben Scheiben eingeschlagen, einen Baum zertrümmert und das Schließen von Türen geräuschvoll erzwungen; auch Mißhandlungen sind vorgekommen, und häßliche Austritte gab's nicht wenige; man wird es nicht als musterhaft bezeichnen wollen, daß eine kranke Frau gewaltsam verhindert wurde, sich von einer Drochse in das Spital bringen zu lassen, auch nicht, daß die Arbeiter des städtischen Gaswerkes bedroht und der Betrieb ernstlich gestört wurde. . . und häßlich war die brutale Art, mit der man die Straßenwischer, die ihre Pflicht tun wollten, von der Arbeit zurückhielt, bis die Streikleitung, die sich als Nebenregierung aufführte, gütigst die Erlaubnis zur Wegräumung des Unrates gab.“

Die sozialdemokratische Presse bildet sich auf das angebliche Gefingen des Putchs wunder was ein. Ganz spontan, aus der Masse heraus soll er entstanden sein. Der Generalstreik habe die Bourgeoisie außer Fassung gebracht, verblüfft und geängstigt; sie habe sich in heller Verzweiflung der Diktatur der Arbeiterklasse fügen müssen. Demgegenüber ist Tatsache, daß der Streik vorbereitet war, dafür spricht schon der Umstand, daß unmittelbar

nach der Beschlussfassung zirka 30000 Flugblätter verteilt wurden. Die Genossen hatten klugerweise auch absichtlich den Freitag gewählt, weil sie wußten, daß an diesem Tage die in der Kaserne diensttuenden Truppen zu einer Feldübung ausgerückt waren und die Polizei allein stand.

Und der Erfolg der Geschichte? Die Unternehmer haben Tausende von Arbeitern auf einige weitere Tage ausgesperrt. Die städtischen Arbeiter, die ohne Not mitfeierten, werden der „Frankf. Btg.“ zufolge ihre Pflichtverletzung gemäß den Bestimmungen des Strafgesetzbuches und der Arbeitsordnung zu büßen haben, da Stadtrat und Regierung fest entschlossen sind, die Verletzung scharf zu ahnden. Das schlimmste aber sind die dauernden Folgen für die Arbeiterchaft. Oben erwähntes Blatt führt hierüber folgendes aus:

„Aber was ist nun mit dem Generalstreik erreicht? Eine zweitägige Aussperrung vieler Arbeiter, eine tiefe Verbitterung der unbeteiligten Bevölkerung, eine Erschwerung aller Sozialpolitik und eine Stärkung des wirtschaftlichen Gegners. Sofort nach dem Generalstreik hat sich ein Lokalverband aller Arbeitgeber-Organisationen auf dem Plage Zürich gebildet, der natürlich eine Kampforanisation scharfer Natur sein wird. Die Gewerkschaftsführer haben ihren Willen durchgesetzt; aber statt der Arbeitersache zu nützen, haben sie ihr damit unberechenbaren Schaden zugefügt. Auf Jahre hinaus werden sich die Wirkungen des unüberlegten Schrittes geltend machen. Die Ausländer in den Gewerkschaften haben geglaubt, ein demokratisches Staatswesen schließe eine straffe Anwendung der Staatsgewalt aus; sie werden sich überzeugen müssen, daß die Rechtsordnung in der Demokratie nicht weniger energisch verteidigt wird als in irgend einem monarchischen Staate. Nur das haben sie erreicht, daß man bitteren Gefühls sehen mußte, wie wenig noch auch in unserer Demokratie die Arbeiter staatsbürgerlich denken gelernt haben und welche unselige Verwirrung aller Rechtsbegriffe die reine Klassenkampflehre in den Köpfen der Arbeiter angerichtet hat.“

Das ist ein scharfes aber berechtigtes Urteil über die Führer der Züricher Genossen. Uebrigens scheint es einigen von diesen an den Fragen zu gehen. Wie die Presse meldet, wurde das sozialdemokratische Volkshaus politisch befehrt, um Nachforschungen nach den Streikakten anzustellen. Der Sekretär Platten der deutschen Landesorganisation, sowie jener des Gemeindearbeiterverbandes wurden verhaftet. Leid tun können einem vor allem die radikalisierten Arbeiter, die sich zu solchen Putchs mißbrauchen lassen und schließlich doch allein die Kosten zu tragen haben.

Was ist Streikbruch? Auf diese Frage gibt kein anderer als ein Prozeßvertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine nicht uninteressante Antwort. Die Sache ist so.

In Solingen, wo sich die Sozialdemokraten andauernd unter sich „brüderlich“ verholzen, stand kürzlich eine Beleidigungsklage von „freien“ Metallarbeiterverbändlern gegen den Führer Ern des (lokalen) Industriearbeiterverbandes vor dem Schöffengericht zur Verhandlung, weil Ern seinen „zentral“ organisierten Parteigenossen Streikbruch vorgeworfen hatte. Der Rechtsvertreter der Metallarbeiterverbändler, Herr Rechtsanwalt Brück, machte in dieser Gerichtsverhandlung Ausführungen über den Begriff: Streikbruch, die im Hinblick auf das sozialdemokratische Streikbruchgeschrei anlässlich des Ruhrbergarbeiterstreikes besonders bemerkenswert sind. Der Vertreter der Solinger Sozialdemokraten führte nämlich aus,

daß, wenn eine Organisation den Streik beschließt, dieser Beschluß unter keinen Umständen maßgebend sein könne für die Mitglieder einer anderen Organisation. Wenn letztere weiter arbeiteten, so dürfe man dieses nicht als Streikarbeit bezeichnen. Den besten Beweis habe nach der Richtung hin der Bergarbeiterstreikerbracht, bei dem einzelne Organisationen den Streik verhängten, wohingegen eine andere Organisation einen gegenteiligen Beschluß faßte. Es hätte nun doch keinem vernünftigen Menschen einfallen können, die nichtstreikenden Bergleute als Streikbrecher anzusehen.

So der Rechtsanwalt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Solingen. Wenn er sagt, daß beim Bergarbeiterstreik es keinem vernünftigen Menschen einfallen sei, die nichtstreikenden Bergleute als Streikbrecher anzusehen, dann muß er von den „vernünftigen Menschen“ wohl das ganze sozialdemokratische Prozeßgericht ausschließen, denn das hat monatelang im höchsten Diskant über „Arbeitererrat und Streikbruch“ der christlichen Bergarbeiter gejetert.

### Aus unserer Industrie.

#### Höhere Preise für Militärtuche.

Die heutigen Preise für alle Militär- und Marine-lieferungsstücke stehen, wie man der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie schreibt, in keinem Verhältnis zu den Rohwollpreisen und Herstellungskosten. An dieser Tatsache ändert es auch nichts, daß diese niedrigen Preise von den Tuchfabrikanten — oder wenigstens von einigen derselben — selbst gestellt worden sind. Wie es möglich ist, daß einzelne Fabrikanten in ihren Offerten zu den Submissionen so billige Preise, wie wir sie heute haben, überhaupt stellen konnten, mögen wir hier nicht weiter untersuchen. Jedenfalls ist es gänzlich ausgeschlossen, dafür Waren aus reiner, gesunder Wolle ohne Verlust zu liefern. Bei diesen Preisen kann von Verdienst gar keine Rede mehr sein, ja, es wird dem Staate noch obenbrein bei jedem Stück, das zur Ablieferung kommt, ein anständiges Geschenk gemacht!

Da fragt es sich denn doch, wie diesem auf die Dauer unmöglichen Zustande abzuhelfen wäre. Der Staat kann unmöglich mehr zahlen, als die Mindestforderung der Angebote auf die Submissionsauschreibungen. Man kann also nicht erwarten, auch wenn es dem Staate schon bekannt ist, daß er den Bedingungen entsprechende Waren unmöglich für die ihm offerierte Mindestforderung erhalten kann, daß er den Preis entgegenkommend erhöht. Das ist ausgeschlossen.

Es bleibt also nur die Möglichkeit, daß die Fabrikanten sich selber helfen und ihre Forderungen nicht wieder bis zu einer Verluſtbasis herunterzuschrauben. Jeder muß doch wohl an seinem Geldbeutel gemerkt haben, daß die jetzigen Preise direkt Verluste bringen. Auch derjenige, der mit den erdenklich geringsten Spesenätzen rechnet, findet kein Auskommen. Einzig und allein kann nur die Erhöhung des Preises die allererste für so dringend nötig befundene Besserung bringen. Es ist deshalb nur zu wünschen, daß gerade die Fabrikanten, die bei den letzten Submissionen mit den billigsten Angeboten erschienen, ein Einsehen haben, nicht nur wie sie sich selbst geschädigt haben, sondern der ganzen Branche zum Schaden waren, und daß es jetzt an der Zeit ist, demnächst angemessene Preisnotierungen zu stellen.

**Japanische Konkurrenz auf dem Seidenmarkte.**

Dem Jahresbericht der Handelskammer zu Krefeld entnehmen wir folgende interessante Angaben: Das ganze Jahr hindurch hat der Seidenhandel mit derartig schwierigen Verhältnissen zu kämpfen gehabt, daß seine Lage als durchaus ungünstig bezeichnet werden muß. In erster Linie war es die beständig zunehmende Erzeugung Japans, welche einer befriedigenden Preisentwicklung entgegenstand. Wenn man berücksichtigt, daß sich die Ernte dieses Landes seit 1905/06 mehr als verdoppelt hat — sie stieg von circa 75 000 Ballen auf 165 000 im Jahre 1911/12 — ist es erklärlich, daß der Absatz einer solchen Seidenmenge, die jetzt ungefähr 40 Prozent der Weltmenge ausmacht, großen Schwierigkeiten begegnen muß. Dieselben wurden noch dadurch gesteigert, daß die europäische wie die amerikanische Fabrikation sich weniger aufnahmefähig als im Vorjahre erwies, was schon zur Genüge aus den Zahlen der Konditionsanstalten hervorgeht, die ein Weniger von reichlich 10 Prozent gegen 1910 ausweisen. Da nun Japan mit seiner Riesenernte auf Export, besonders den amerikanischen, angewiesen ist, so unterbot es beständig, meistens wesentlich, den europäischen Wettbewerb, was einen fortgesetzten Preisrückgang der eigenen und auch der fremden Herkunft zur Folge hatte. Das ganze Jahr hindurch wichen die Preise, wenn auch mit Unterbrechungen, so daß Seide im Dezember reichlich 10 Prozent niedriger stand wie im Januar; für Japanseiden betrug der Unterschied noch einige Prozent mehr.

**Aus dem Verbandsgebiete.**

**Arbeitslosen-Berichterstattung.**

Die Arbeitslosen-Berichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen machen wir darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 27. Juli cr., Arbeitslosenzähltag für den Monat Juli war. Spätestens vier Tage nach Schluß des Monats, also spätestens am 4. August, müssen die Berichtskarten (graue Monatskarten) an die Zentrale eingesandt werden. Wir bitten die Ortsgruppenvorstände, darauf zu sehen, daß die Karten rechtzeitig an uns eingesandt werden. Mit kollegialem Gruß! Die Zentralfstelle.

**Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.**

Zu manchen Orten wird eine geradezu traurige Meinung in den Mitgliederkreisen gewekt, und das von Kollegen, von denen man gerade das Gegenteil erwarten sollte und mußte. Anstatt alles daran zu setzen, um den fröhlichen Herbe- und Kampfergeiß in den Mitgliederkreisen zu erhalten und zu vermehren, wird durch eine falsche, kurzlichige Kritik an den vorgeschlagenen Reformen geradezu Mißmut und Kleinlautigkeit in die Kreise der Mitglieder hineingetragen. Noch schlimmer wird es, wenn die berufener Kollegen dann einfach stillschweigend beiseite stehen und dadurch verdeckt diesen beruhsamigen Körglern Handlangerdienste leisten.

Wir wollen unserer Generalversammlung nicht über das Präsidat „unbefriedigend“ ausstellen, wie der „deutsche“ Verband die Arbeiten seiner letzten Generalversammlung kennzeichnen mußte. Es soll so viel wie eben möglich geleistet und geschaffen werden, im alleinigen Interesse der Verbandsmitglieder. Das soll und muß der Leitgedanke der kommenden Generalversammlung sein. Hierzu gehört in erster Linie die finanzielle Stärkung des Verbandes. „Unserm Verband“, das heißt einfach uns selbst, wollen wir Mittel bewilligen zur Erreichung „unserer Ziele“. Ziele haben wir uns gesetzt, von denen bedeutende Männer gesagt haben: „Sie sind des Schweißes aller Edlen wert“. Man schlägt sich doch eigentlich selbst ins Gesicht, wenn man ausgeführt solcher Tatsachen in geradezu leidenschaftlicher Kritik die wohlmeinenden und wohlwollenden Vorschläge der weitblickenden Kollegen bekämpft. Meine Ansicht über die gemachten Vorschläge ist folgende: Bei den jetzigen Unterstützungen müssen die Beiträge, wenn eben möglich ganz an die Zentralfasse abgeführt werden. Die Ortsgruppen müssen dann auf irgend eine Weise selbst für Entnahmen sorgen. Weil aber die Verhältnisse überall verschieden sind und um denjenigen Mitgliedern, die höhere als Mindestbeiträge bezahlen, in etwa entgegen zu kommen, mache ich folgenden neuen Vorschlag:

Mitglieder, die einen höheren als den Mindestbeitrag entrichten, sind von der Zahlung eines Lokalaufschlages

befreit, wenn diese Mitglieder innerhalb der Ortsgruppe durch Urabstimmung beschließen, sämtliche Unterstützungen, mit Ausnahme der Streikunterstützung, um eine Klasse zu ermäßigen. Auch können Ortsgruppen durch Urabstimmung den Mindestbeitrag auf 40 Pfg. für Kolleginnen und 50 Pfg. für Kollegen festsetzen. Wird dann ebenfalls durch Urabstimmung beschlossen, sämtliche Unterstützungen, mit Ausnahme der Streikunterstützung, um eine Klasse zu ermäßigen, so erhalten die Ortsgruppen 12 Prozent der Gesamteinnahmen und sind dann, wenn die lokalen Verhältnisse es erlauben, von der Erhebung eines Lokalaufschlages entbunden. Auch kann die vorerwähnte Mitgliedergruppe mit Genehmigung des Ortsgruppen- und Zentralvorstandes von der Zahlung der Lokalaufträge entbunden sein.

Als Gründe für diese Vorschläge führe ich folgende an: Es ist gut, wenn den Ortsgruppen über die Art und Weise der Erhebung und über die Höhe der Beiträge, mit festen Grenzen nach unten, etwas mehr Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit gewährt wird. Die meisten Mitglieder gewöhnen sich an eine Beitragsregelung durch die Ortsgruppe viel eher, als wenn dieselbe von der Generalversammlung oder vom Zentralvorstand kommt. Der finanzielle Effekt würde für die Ortsgruppenaffen und erst recht für die Zentralfasse ebenso gut als bei 5 Pfg. Lokalauftrag sein. Die Lokalaufträge sollen übrigens nicht gänzlich zurückgestellt werden, sondern dieser Vorschlag soll nur neben den Lokalaufträgen auch zugelassen werden. Der edle Wettbewerb unter den Ortsgruppen würde sicher auch gesteigert werden. Ebenfalls ein Vorteil wäre, daß die vorge schlagenen Beiträge viel leichter und bequemer von den Mitgliedern zu entrichten sind. Und wir haben auch Mitglieder, die Beiträge nicht so sehr ihrer Höhe wegen, wohl aber ihrer Unpassendheit wegen nicht gerne zahlen. Auch den Vertrauensmännern würde die Arbeit viel leichter gemacht. Auch habe ich die Erfahrung gemacht, daß viele Mitglieder, die jetzt schon 50 Pfg. bezahlen, auf keinen Fall mehr zahlen wollen. Das sind meist Familienväter, denen bei 40 Pfg. Wochenbeitrag die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen zu niedrig für ihre Familie wurde. Deshalb habe ich auch vorgeschlagen, die Streikunterstützung auf ihrer jetzigen Höhe zu belassen.

Bei den heutigen Lebensverhältnissen darf dieselbe auf keinen Fall ermäßigt werden. Alle Kollegen, die Streiks oder Aussperrungen mitgemacht haben, werden mir bestätigen, daß bei längerer Dauer derselben oft infolge der knappen Unterstützung eine Müdigkeit eintritt. Es trifft dies dort ganz besonders zu, wo die Mitglieder, infolge sozialer Rückständigkeit der Unternehmer, sehr oft und in recht lange Aussperrungen geführt werden müssen, die dann zum größten Teil nicht den erhofften Erfolg hatten und auch nicht haben konnten. Man möge also den Mitgliedern, die schon 50 Pfg. bezahlen, die Sache auf irgend eine Art und Weise etwas leichter machen, denn 50 Pfg. ist für einen Familienvater sicher schon ein gut Stück gewerkschaftlicher Opferwilligkeit. Dies zur Reform des Beitragswesens.

Bei der Arbeitslosen-Unterstützung bin ich der Ansicht, daß § 3, Absatz 2 des Nachtrages gänzlich wegfällt und dafür der ganze § 3 so gefaßt wird:

„Eine Unterbrechung der Arbeit wird nur dann unterstützt, wenn sie innerhalb vier Wochen mindestens zehn Tage beträgt.“

Bei der Wöchnerinnenunterstützung möge man folgenden Zusatz aufnehmen: Dieselbe wird nur an verheiratete Wöchnerinnen gewährt. Bei der Umzugsunterstützung wird es im Interesse der in Fabrik- und sonstigen vom Arbeitgeber abhängenden Wohnungen wohnenden Kollegen gut sein, folgenden Zusatz zu machen:

„Mitglieder, die infolge Maßregelung oder Streik auch die Wohnung verlassen und sich an Orte eine andere Wohnung suchen müssen, erhalten die Hälfte der angeführten Sätze.“

Meines Wissens wurde ein Umzug innerhalb des Ortes bis jetzt nicht entschädigt. Die Maßregelungsunterstützung hat hier an Orten schon oft Meinungsverschiedenheiten erzeugt. Bei Schädigungen der Mitglieder, d. h. wenn sie aus einem Betrieb entlassen, in einem andern aber über kurz oder lang Arbeit bei geringerer Verdienst erhalten, sind die Ansichten über die Unterstützung sehr verschieden. Da muß, wenn eben möglich, Klarheit geschaffen werden. Das kann m. E. auf folgende Weise geschehen: Mitglieder, die in der erwähnten Weise geschädigt werden, erhalten, wenn sie an der Hand eines wahrheitsgemäß ausgefüllten Lohnbuches den wöchentlichen Verdienstausfall nachweisen können, solange einen wöchentlichen Zuschuß, bis die Höchstsumme erreicht ist.

Zu übrigen wird an den Unterstützungen wohl nicht viel zu ändern sein. Die Hauptsache ist und bleibt, daß die Generalversammlung etwas Ganzes schafft. Namentlich in Punkte Beitragswesen. Die immerwährende Beunruhigung durch Beitragsreformen muß endlich, endlich mal aufhören. Wir alle wollen in Sicherheit und ohne Störung die Agitation entfalten können. Aus diesem Grunde sind auch jetzt viele Kollegen gegen die Beitragsreform. Man kann das verstehen. Aber Kollegen allerwärts: Wir wollen, wir müssen in der nächsten Zeit viele neue Mitglieder gewinnen. Wir können's aber nur dann, wenn wir Laten reden lassen können, Laten, die die Unorganisierten mit Händen fassen können und müssen. Diese Laten sind nur durch eine starke Zentralfasse zu erreichen. Darum an die Arbeit in der Aufklärung und Agitation. Die Generalversammlung muß die Mittel angeben und beschließen, die uns endlich mal die langersehnten 50 000 Mitglieder bringen. Sie wird deshalb besonders das Vertrauen der Mitglieder befestigen.

Zum Schluß mache ich noch folgende Vorschläge: Die Generalversammlung möge alle drei Jahre stattfinden. Anstatt auf 500 Mitglieder möge man auf 700 einen Delegierten wählen. Die Generalversammlung löst zu viel Geld. Wir müssen unbedingt auf Sparsamkeit in Verbands-haushalt sehen, die Ausgaben müssen möglichst beschränkt

werden. Wir dürfen in dieser Beziehung „unserm“ Zentralvorstande wohl Vertrauen schenken. Wenn nun einzelne Mitglieder den Vorstand und die Beamten in Mißkredit bringen wollen, so sind dieselben nur zu bedauern. Uns alle umschlingt das einigende Band der christlichen Arbeiterkollektivität. Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, uns trennen nicht in Not und in Gefahr.

**Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.**

**Augsburg.**

**Wilder Streik in der Mühle.** Unter der Augsburger Textilarbeiter-Gesellschaft ist es gegenwärtig am Gären; der jahrelang unter der „gelben Tünche“ verborgene Groll und Mißmut kommt nun spontan zum Ausbruch. Was wunder, wenn in einer solchen Zeit ein Fünkchen genügt, um da und dort das Pulverfaß zur Explosion zu bringen. So war es in der Weberei Mühle, einem Teilbetrieb der Firma: Mech. Baumwollspinnerei und -weberei Augsburg. Während für die übrigen Betriebe die Direktion bezüglich einer höheren Lohnforderung sich mit dem Arbeiterausschuß in Unterhandlungen einließ, erklärte sie, daß für den Teilbetrieb Mühle nichts bewilligt werden könne. Das setzte die Arbeiter-Gesellschaft des Betriebes in eine begreifliche Erregung; sie konnte nicht verstehen, warum gerade sie von einer Lohnhöhung ausgeschlossen werden sollten zumal die gezahlten Löhne alles zu wünschen übrig ließen. Schuld daran war allerdings die Arbeiter-Gesellschaft des Betriebes selbst. Eine von den Organisationen einberufene Betriebsversammlung war nämlich schlecht besucht und die Direktion schloß daraus, daß die Arbeiter-Gesellschaft des Betriebes Mühle der Lohnbewegung kein Interesse entgegenbringe.

Am Montag, den 22. Juli, vormittags 9 Uhr, stellte die Arbeiter-Gesellschaft, von der leider, wie in so vielen Augsburger Betrieben, fast niemand organisiert war, die Maschinen ab; sie wollte vom Obermeister Bescheid haben, wie es um die Lohnhöhung stehe. Der Obermeister erklärte nun kategorisch: „Wer um diesen Lohn nicht arbeiten will, der soll machen, daß er hinauskommt.“ Das ließ sich die Arbeiter-Gesellschaft in ihrer Erregung nicht zweimal sagen und verließ deshalb um halb 10 Uhr geschlossen den Betrieb. Das war in der Weberei; und am Nachmittag haben dann auch die Arbeiterinnen in der Spinnerei ebenfalls die Arbeit verlassen, so daß annähernd 500 Leute im Zustand sich befinden. Sehr interessant ist besonders die Tatsache, daß auch die noch vorhandenen Gelben einmütig mit den anderen die Arbeit niederlegten.

Nun trat das ein, was wir in Hunderten von Fällen schon erlebt haben, die Arbeiter-Gesellschaft verlangte nach der Organisation. Der ganze „wirtschaftsfriedliche“ Kram war am Ende seines Vaters. Die Arbeiter schlossen sich in Scharen der Organisation an und die Vertreter derselben suchten den verfahrenen Karren wieder flott zu machen. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit der Direktion verhandelte. Bereits am zweiten Tage kam eine Einigung zustande und am Donnerstag, den 25. Juli, wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen. Die Direktion versprach sofort auf die breiten und schmalen Stühle eine Aufbesserung zu bewilligen. Auch soll in 14 Tagen Drosselgarn — also besseres Garn — zur Verwendung kommen. Ebenso sollen im Laufe der nächsten Woche die Lohnverhältnisse in der Spinnerei befriedigend geregelt werden. Auch soll die Kündigung der Wohnungen in der Kolonie, die heute früh erfolgt war, zurückgenommen werden. Mit diesem immerhin schönen Erfolg wurde die Bewegung beendet.

Wir können das Vorgehen der Arbeiter-Gesellschaft der Weberei und Spinnerei Mühle nicht in allen Teilen gutheißen, wenn die Verhältnisse ja auch vieles erklärlich erscheinen lassen. Mit solchen wilden Rutschs werden auf die Dauer keine bleibenden Erfolge erzielt. Die einzig legale Interessenvertretung der Arbeiter-Gesellschaft ist die gewerkschaftliche Organisation. Das ist gerade der Augsburger Arbeiter-Gesellschaft hunderte Mal gesagt worden. Möge sie an solchen Vorkommnissen lernen, daß diese Worte ihre volle Berechtigung haben.

**Dülken.**

Einen schönen Erfolg erzielten die Appreturarbeiter bei der Firma Heimes in Dülken. Auf eine Eingabe der Verbandsvertreter hin fand eine Verhandlung statt, um zu einer friedlichen Verständigung über einen Lohnzuschlag zu gelangen. Nach einer ausgiebigen Aussprache bewilligte die Firma eine Lohnhöhung von 10%. Sollte es möglich sein, einen einheitlichen Lohn-tarif in Verbindung mit den übrigen Fabrikanten herbeizuführen, dann, so erklärte die Firma, würde sie mit dafür sein, daß der Lohn für die Arbeiter eventuell noch höher gesetzt werde. Durch diese Lohnhöhung werden die Arbeiter wöchentlich um 1 bis über 2 M. besser gestellt.

Wir hoffen, daß die Arbeiter den Erfolg, den ihnen die Verbände gebracht haben, zu würdigen wissen und erwarten, daß sie der Firma gegenüber, die ein solches Entgegenkommen gezeigt hat, ihre Pflicht voll und ganz erfüllen.

**Malmerspach.**

Den Kampf um das Koalitionsrecht will anscheinend die Leitung der hiesigen Kammernspinnerei ihren im christlichen Textilarbeiterverband organisierten Arbeitern aufdrängen. Die Firma hat den Vorsitzenden der Ortsgruppe Malmerspach kurzerhand entlassen, nachdem derselbe namens seiner Mitarbeiter gegen erneut vorgeschobene Verschlechterungen Einwendungen gemacht hatte. Diese Verschlechterungen bestehen darin, daß die

Spinner die normalen Garnnummern mit drei bis vier Drehungen mehr, also reiner spinnen müssen, ohne daß sie hierfür eine Mehrbezahlung erhalten und ihnen außerdem das Spinnen der Garne infolge des allzu schlechten Ganges unmöglich macht. Die Firma macht in letzter Zeit nicht die geringsten Anstalten, hierin Erleichterung zu schaffen. Im Gegenteil. Was wunderbar, wenn die Arbeiterschaft das Bestreben kund gibt, mittels der gewerkschaftlichen Organisation innerhalb der rechtlichen und gesetzlichen Schranken in ihrem elementarsten Interesse hier Abhilfe zu schaffen. Die infolge dessen erfasste Organisation der Arbeiter ist nun der Firma anscheinend höchst unangenehm. Ihre bisherigen indirekten Versuche, die Organisation von sich zu halten, sind bislang an der richtigen Erkenntnis der Belegschaft gescheitert. Jetzt glaubt man, wirksamere Mittel zu Hilfe nehmen zu müssen.

Bei der der erwähnten Entlassung vorhergegangenen Auseinandersetzung hat man es dem betr. Arbeiter deutlich zu verstehen gegeben, daß man es auf ihn, als den im Vordergrund der Organisation stehenden Kollegen abgesehen hat. Diese Entlassung konnte unter den vor sich gegangenen Umständen von der Arbeiterschaft nur als ein berechneter Schlag gegen ihre Berufsorganisation gedeutet werden und hat infolgedessen eine ganz gewaltige Aufregung ausgelöst. Nur dem rechtzeitigen und umsichtigen Eingreifen der Leitung des christlichen Zentralarbeiterverbandes ist es zu verdanken, daß es nicht zum Neuesten kam und sich die Arbeiter für den ersten Tag beruhigten.

Am Abend nun (Mittwoch) fand in Moosch eine Versammlung statt, die sich mit dieser Frage befaßte. Diese Versammlung war eine ganz wuchtige Kundgebung für das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft und den christlichen Organisationsgedanken. Das geräumige Lokal der Wirtschaft Brunner war überfüllt und drängten sich die Teilnehmer noch in die außerhalb des Lokals als Sommerwirtschaft eingerichteten Anlagen.

Der gemäßregelte Arbeiter — der übrigens 16 Jahre der Firma seine Dienste leistete — sollte zunächst einen kurzen Bericht erstatten. Er, der aber sonst ein ziemlich geübter Debatter war, mußte nach kürzeren Ausführungen erklären: „Ich habe das Herz zu voll, bin zu aufgeregt, als daß ich länger sprechen könnte.“ (Bewegung.)

Nun referierte Kollege Bilger-Mühlhausen über das „Koalitionsrecht der Arbeiter und die Unternehmung“. In längerem Ausführungen legte er zunächst die rechtliche Seite der ganzen Angelegenheit dar und ging dann auch auf den vorliegenden Fall speziell ein. Die nach den vorliegenden Verhältnissen mehr als berechtigten Bestrebungen der Arbeiter, die sich auf den realen Grundfällen der christlichen Gewerkschaften aufbauen, werden sich durch solche Gegenmaßnahmen nicht unterbinden lassen. Auf solche Provokationen wird die Arbeiterschaft nicht mit irgend einem überhörsigten Vorgehen antworten dürfen und dadurch den Beweis liefern, daß sie gelernt hat, in ruhiger, beherrschender Weise auf dem Wege gewerkschaftlicher Disziplin sich zu verteidigen. Die Sympathie der öffentlichen Meinung wird ihr dann sicher sein. Daß die Firma in Anwesenheit jener Kraft gehandelt hat, die das Böse will und das Gute schafft, beweise die heutige impotente Versammlung.

Jede Standesbewegung erfordert größere Opfer, und da dürfen auch die Arbeiter im Kampfe um ihre Menschenrechte nicht zurückstehen. So schwer die einzelnen Opfer von den Betroffenen auch empfunden werden, sie verschwinden im Vergleich zu den Kulturrückständen, die sich durch die Organisation für den gesamten Stand ergeben.

Die Versammlung quittierte mit lebhafter Zustimmung und endete mit begeistertem Vorsatz, trotz aller Schwierigkeiten unentwegt an der Organisation festzuhalten, durch die die Arbeiter einzig und allein ihre berechtigten Ziele erreichen werden.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heute im Lokale Brunner zu Moosch tagende außerordentlich stark besuchte Versammlung der Spinnerarbeit der Kammgarnspinnerei Malmerzspach u. S. nimmt von der plötzlichen Entlassung eines ihrer Mitarbeiter Kenntnis.“

Nach den Umständen, unter denen diese Entlassung vor sich ging, können die Arbeiter in derselben nur einen Schlag gegen ihre Berufsorganisation und darum einen ungerechtfertigten Eingriff in die ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit erblicken. Sie sehen sich daher veranlaßt, in der breitesten Öffentlichkeit Protest zu erheben gegen dieses Vorgehen der Firma, durch welches ihre von den Grundfällen der menschlichen Gerechtigkeit und christlichen Moral getragenen Organisationsbestrebungen unterbunden werden sollen. Sie erklären sich mit ihrem gemäßregeltsten Kollegen solidarisch. Jedoch halten sie den gegenwärtigen Moment nicht für geeignet, die Herausforderung der Firma durch einen Abwehrstreik zu beantworten. Die Arbeiter appellieren an den Gerechtigkeitssinn der Bürgererschaft und erwarten die weitgehendste Unterstützung in der Verteidigung ihres Organisationsrechtes.“

**Vierfen.**

**Erfolgreiche Lohnbewegung.** Die Samtscherer der Firmen Coenen u. Rüppes, Gebrüder Schaub und H. Dinse, die, von einigen Ausnahmen abgesehen, im Zentralverband christlicher Zentralarbeiter Deutschlands organisiert sind, unterbreiteten am 2. Juli cr. durch den Gewerkschaftssekretär Glück den obengenannten Firmen eine Eingabe um 10% Lohnerrhöhung. Begründet war die Eingabe damit, daß in Preßfeld schon früher bedeutend höhere Löhne wie in Vierfen gezahlt wurden und daß dazu noch ab 1. Juli cr. die Löhne der Preßfelder Samt-

schere eine Aufbesserung erfahren hatten. Wenn nun auch die Wünsche der hiesigen Samtscherer nicht voll und ganz erfüllt wurden, so konstatierten wir doch gerne, daß die Arbeitgeber Entgegenkommen zeigten und immerhin eine Lohnerrhöhung von 8% bewilligten. Die in Frage kommenden Arbeiter haben bei dieser Gelegenheit wieder so recht die Notwendigkeit und den Nutzen der Organisation eingesehen und wir zweifeln nicht daran, daß sie auch in Zukunft in alter Treue zum Verbands stehen werden. Leider gibt es hier eine ganze Anzahl Arbeiter und ganz besonders auch Arbeiterinnen, die die Notwendigkeit der Organisation nicht einsehen wollen; zu ihrem eigenen Nachteil. Wir denken hier vornehmlich an die Arbeiterinnen in der Seidenbranche. Klagen, und zwar berechnete Klagen, über allzu niedrige Löhne sind an der Tagesordnung. Anstatt nun aber konsequent zu handeln und sich unserem Verbands anzuschließen, bleibt man abseits stehen und murtelt ruhig weiter. Kommt man gelegentlich mit diesen Arbeiterinnen ins Gespräch, dann heißt es sofort: „Die Organisation nutzt ja doch nichts.“ Ein Beweis für die Unrichtigkeit dieses Satzes ist ja die Iweben für die Arbeiter und Arbeiterinnen günstig beendet Lohnbewegung. Ein altes Sprichwort sagt: Wer nicht säet, der soll auch nicht ernten. Deshalb zuerst Anschluß an die Organisation, zuerst Solidarität mit den übrigen Berufskollegen und -Kolleginnen geübt, dann wird der Verband schon zeigen, daß er auch im Stande ist, für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seidenbranche Vorteile zu erringen.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Bamberg.** Agitationspraktiken einer Filialleitung des sozialdemokratischen Zentralarbeiterverbandes. Die nicht nur ganz ungewöhnliche, sondern in jeder Beziehung recht sonderbare und auch bei den allermeisten Arbeiterführern verpönte Art und Weise der Mitgliederwerbung durch die Leitung der Bamberger Filiale des sozialdemokratischen Zentralarbeiterverbandes, wurde vor ungefähr Jahresfrist in aller Öffentlichkeit an den Pranger gestellt. In einer langen Artikelserie, überschrieben: „Verleumdung, Lüge und Terrorismus“, die damals mehrere Wochen lang im „Bamberger Volksblatt“ erschien, konnte an Dutzenden von Fällen nachgewiesen werden, wie mit geradezu verzweifelten Anstrengungen die roten Herrschaften hier „arbeiten“, um für ihre Organisation Mitglieder zu gewinnen. Dem freigestellten sozialdemokratischen Filialleiter Trimborn wurden bei dieser Gelegenheit Agitationspraktiken nachgewiesen, die, wie wir noch später nachweisen werden, nicht einmal im sozialdemokratischen Lager Billigung finden.

Vom Herrn Trimborn und seinen Mannen wurden die im vorigen Jahre im Bamberger Volksblatt erfolgten Feststellungen vollständig totgeschwiegen. Mittereinzigen Silbe ist der sonst sehr schreiblustige Herr Trimborn bis dato in den Blättern, die ihm diese Spalten öffnen, auf unsere Feststellungen eingegangen, was wohl am besten beweist, daß er nicht im geringsten in der Lage war, dieselbe zu entkräften, eben weil diese vollkommen der Wahrheit entsprachen. Die schon oben genannte Artikelserie im „Bamberger Volksblatt“ wurde solange fortgesetzt, bis von den Herren der roten Filialleitung eine etwas einwandfreie Agitationsmethode beliebt wurde. Letzteres war nun auch, d. h. soweit man überhaupt nur die öffentliche Agitation der Gegner zu beobachten Gelegenheit hat, nahezu ein Jahr lang der Fall. Dann wurde wieder von den Herren, jedenfalls deswegen, weil sie mit einwandfreien Mitteln in Bamberg gar keine oder doch nur sehr schlechte Geschäfte machen können, zu Agitationsmitteln gegriffen, die verdienen, weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Von der genannten Filialleitung wurden schon wiederholt die Arbeiter der Bamberger Bleicherei, Färberei und Appretur-Anstalt, Abteilung Weberei zu Fabrikversammlungen eingeladen. Doch jedesmal erschienen nur einige wenige Getreue des roten Verbandes. Jedenfalls, um die Arbeiterschaft des vorhin genannten Betriebes für eine Lohnbewegung zu interessieren, kam man auf den Gedanken, im Betriebe unter den Arbeitern eine Liste zirkulieren zu lassen und darauf Unterschriften zu sammeln, die man dann auch später der Direktion vorlegte, um umso besser eine Forderung um 15prozentige Erhöhung der Löhne begründen zu können. Die allermeisten Arbeiter, die keine blasse Ahnung davon hatten, ob einzelne Arbeiter, ob der christliche oder der „freie“ Verband oder ob beide gemeinsam die Liste zirkulieren ließen, trugen selbstverständlich auf der Liste ihren Namen ein. Erst dann, als mehrere Male die sozialdemokratischen Verbandsführer Trimborn-Bamberg, Feinhal als-Augsburg und sogar noch eine dritte unbekannte sozialdemokratische Größe, und zwar ohne jeden direkten Auftrag von der Belegschaft, bei der Direktion vorstellig wurden, merkten die nichtsozialdemokratischen Arbeiter, daß es sich hier um weiter nichts handelte, als um eine sozialdemokratische Agitationsliste. In dieser Annahme wurden die nichtsozialdemokratischen Arbeiter noch bekräftigt, als seitens mehrerer Mitglieder des sozialdemokratischen Zentralarbeiterverbandes ein Hege- und Verleumdungsfeldzug inszeniert wurde. Dieser richtete sich anfänglich gegen die christlich organisierten Arbeiter und dann später auch gegen die Leitung unseres christlichen Zentralarbeiterverbandes. So wurde z. B. vom Geschäftsführer Mittelkind unseres Verbandes behauptet, dieser habe in einer christlichen Arbeiterversammlung sich dahin ausgesprochen, „daß er schon dafür sorgen werde, daß es keine Lohnerrhöhung gäbe.“ Als den Genossen Gelegenheit gehalten wurde, für ihre dreifachen Behauptungen auch Beweise zu erbringen, kniffen sie aus. Eine „frei“ organisierte Frau Eva Schäfer, die auf Antrag von Mittelkind zum Sühnegericht geladen worden, dort aber nicht erschien und die, daß sie auch noch nebenbei erwähnt, sich gegenüber den christlich organisierten Arbeitern im Betriebe sogar damit brüstete, daß sie schon seit 12 Jahren nicht mehr gebeichtet und kommuniziert habe, war es, die mit noch mehreren roten Fanatikern den christlich organisierten Arbeitern am meisten mit Beschimpfungen, Verspottungen und Hohreden zusetzte.

Dem Kollegen Mittelkind war bereits von der Zentralleitung unseres Verbandes Rückschuss gewährt worden, um kläglich gegen die Frau Schäfer vorgehen zu können, als diese „mutige“ Eva urplötzlich auswanderte nach Amerika. Für den Fall nun, daß auf diese Feststellungen von sozialdemokratischer Seite eine Antwort etwa in der Weise erfolgen sollte, daß ja doch kein Mensch glauben würde, daß Frau Schäfer nur wegen der Klage eines christlichen Arbeiterführers die große Reise über den atlantischen Ozean gemacht habe, erlauben wir uns jetzt schon zu bemerken, daß aller-

dings auch noch andere Gründe die Frau Schäfer veranlaßt haben, ihren heimatischen Staub von den Füßen zu schütteln. Und diese Gründe werden wir der Öffentlichkeit auch nicht vorenthalten und bekannt geben, sobald sich hierzu eine Gelegenheit findet. Wir sind dann in der Lage, an einem weitem Beispiele nachzuweisen zu können, wie diejenigen Herrschaften, die sich immer so gerne als Stützen über andere aufspielen, selbst allen Grund hätten, vor ihrer eigenen Tür zu kehren.

Bezüglich der neuesten sozialdemokratischen Agitationsmache in der Bamberger Bleicherei, Färberei und Appretur-Anstalt wollen wir zum Schluß nur noch Folgendes feststellen: Schon vor einigen Jahren haben die Arbeiter des hier in Frage kommenden Betriebes durch ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Verbände für die Arbeiter Erfolge erringen können. Dieses konnte dem sozialdemokratischen Filialleiter Trimborn nicht unbekannt sein, aber trotzdem wollte er sich diesmal „allein Vorbeeren“ holen. Derselbe Mann, der nach einem Bericht in der Nummer 26 des sozialdemokratischen „Zentralarbeiter“, auf der Stuttgarter Generalversammlung des roten Verbandes erklärt hatte, daß er nichts gegen ein gemeinsames Zusammengehen mit den Christlichen habe, versuchte in dem hier besprochenen Falle eine Bewegung unter Ausschaltung dieser „Christlichen“ zu machen. Und weil jeder Erfolg für die Arbeiter, trotzdem die „Bewegung“ schon mehrere Monate lang dauerte, bis jetzt vollständig ausgeblieben ist, was die „gloriosen Strategen“ des roten Verbandes ganz gut hätten wissen können und vielleicht auch gewußt haben, muß jetzt der christliche Verband herhalten als Sündenbock. Dieser wird vom Herrn Trimborn und seinen Getreuen wieder einmal als Stützanker benutzt, weil die Mitglieder des sozialdemokratischen Zentralarbeiterverbandes mit einer solchen ganz eigenartigen Vertretung ihrer Interessen anfangen unzufrieden zu werden. Die „Christlichen“ sollen nun Schuld daran sein, daß die Firma den roten Herrschaften zu Gefallen bis jetzt noch keine 15-prozentige Erhöhung der Löhne hat eintreten lassen. Es ist die hier schon stadtbekannte Methode des Herrn Trimborn, die aber von diesem schon so oft angewandt worden ist und die auch so durchsichtig und fast ist, daß selbst „frei“ Organisierte daran nicht mehr glauben, was z. B. allein daraus hervorgeht, daß diese schon wiederholt in Gegenwart christlicher Arbeiterführer die Bemerkung machten: „Sobald und sooft unser Trimborn eine Dummheit begeht, müssen die Christlichen dafür herhalten und versucht man alle Schuld auf diese abzuladen. Das glaubt ihm ja kein Mensch mehr.“

Den angeblichen „allein wahren Arbeiterfreunden“ war es nicht nur allein darum zu tun, daß in besagtem Falle eine Aufbesserung der Arbeitslöhne eintreten solle. In diesem Falle hätte man auch, wie es sonst doch immer bei Lohnbewegungen als selbstverständlich gilt, wenigstens den Versuch machen müssen, einen Arbeiter-Ausschuß wählen zu lassen, um dann zunächst durch diesen die Wünsche der Arbeiter der Firma zu übermitteln. Und dazu hätte man insbesondere bei der hier in Betracht kommenden Firma umso eher und umso mehr Veranlassung gehabt, als diese nicht nur zu jeder Zeit die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter anerkannt hat, wenn die Arbeiter sich einen Arbeiter-Ausschuß wählen wollten. Im Gegenteil, die Direktion hat noch, was gewiß nur von sozialer Einsicht zeugt, bei verschiedenen Anlässen den Wunsch geäußert, die Arbeiter möchten sich, wie in andern gewerblichen Betrieben, einen Arbeiter-Ausschuß wählen. Aber unbekümmert um all das, glaubten die „freien“ Herrschaften, ohne den christlichen Verband, ohne einen Arbeiter-Ausschuß und nur durch einen wissentlichen Hege- und Verleumdungsfeldzug für ihren sozialdemokratischen Verband eine größere Anzahl Anhänger gewinnen zu können. Jedem ruhig und klar denkenden Arbeiter hat der ganze bisherige Verlauf der Lohnbewegung gezeigt, daß die von den Roten einseitig eingeleitete Aktion weiter nichts war, als wie nur eine sozialdemokratische Agitationsmache. Nichts als wie Hege gegen die christlich organisierten Arbeiter, gegen den christlichen Verband und die Leitung dieses Verbandes. Hege und nur immer und immer wieder Hege! Hege um jeden Preis. Die Bamberger Filialleitung des roten Verbandes scheint sich nur noch von diesem einen recht fragwürdigen Mittel einen agitatorischen Erfolg zu versprechen. Pflicht aller christlich denkenden Arbeiter ist es darum, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen der roten Führer zu Schande werden.

**Düren.** Von besonderer Bedeutung war die am 14. Juli stattgefundene Versammlung unserer Ortsgruppe. In derselben wurde Beschluß gefaßt über die Einführung eines Lokalbeitrages und Stellung genommen zu der Verbands-generalversammlung in Oberfeld. Wegen der Wichtigkeit der zu erledigenden Fragen hatte der Vorstand alle Mitglieder schriftlich zu der Versammlung eingeladen und waren dieselben auch in großer Zahl der Einladung gefolgt. Nach einer Mitteilung des Geschäftsführers über die Bewegung bei der Firma Th. Hof. Heimbach, die durch eine am Samstag stattgefundene Verhandlung mit der Betriebsleitung als abgeschlossen zu betrachten sei, legte derselbe den Vorschlag des Vorstandes und der Vertrauenspersonen bezüglich der Einführung von Lokalbeiträgen dar. Dieser Vorschlag ging dahin, vom 1. Oktober d. J. ab einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. wöchentlich für alle Mitglieder einzuführen. Die sich ergebenden Mehreinnahmen sollen zur Unterstützung der erkrankten Mitglieder verwandt werden. Auf Grund des Zahlenmaterials der letzten fünf Jahre wird es möglich sein, wenn den Ortsgruppen 5% der Einnahmen belassen bleiben, ein Krankengeld von wöchentlich 1,80 M. für 13 Wochen aus der Lokalkasse zu zahlen. Dieser Vorschlag fand bei den Mitgliedern begeisterte Aufnahme. Nach einer regen Diskussion wurde folgender Beschluß gefaßt: „Außer den im Statut festgelegten Beiträgen zahlen die Mitglieder der Ortsgruppe Düren vom 1. Oktober d. J. ab einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. Von den Lokaleinnahmen werden die Ausgaben der Ortsgruppe gedeckt und die Restsumme zur Unterstützung der erkrankten Mitglieder verwandt. Die Festsetzung der Unterstützung erfolgt in einer nach der Verbands-generalversammlung einzuberufenden Ortsgruppenversammlung.“

Die vom Wahlkomitee aufgestellten Kandidaten wurden von der Versammlung einstimmig akzeptiert. Hierauf wurde die Lage des Verbandes und die im Organ veröffentlichten Reformvorschlüge besprochen. Die Versammlung beschloß, keine Anträge an die Generalversammlung zu stellen und es den Delegierten zu überlassen, so zu stimmen, wie es das Interesse des Verbandes erfordert. Nach zweifelhäufiger Dauer schloß der Vorsitzende, Kollege Bindand Dammers, die in allen Teilen schon verlaufene Versammlung.

**Hannover-Linden.** Kürzlich berichteten wir, daß sich der nur aus wackelnden Genossen bestehende Arbeiterausschuß der mechanischen Weberei zu Hannover-Linden schwer blamiert habe. Er war von seinen eigenen Genossen verleugnet und von der Fabrikleitung abgefäht worden. Als nun ein

neuer Arbeiterausschuß gebildet werden sollte, zum Teil gewählt, zum Teil von der Firma ernannt, da haben wir die Einführung der Verhältniswahl beantragt. Unser Antrag wurde von der Firma akzeptiert. Kürzlich fanden nun diese Wahlen statt. Mit dem Ausgang derselben können wir im allgemeinen ziemlich zufrieden sein. Zwar setzte seitens der Genossen in der Fabrik eine rüpelhafte Wahlagitation ein; Plakate waren in der Garderobe ausgehängt und Zettel wurden in der Fabrik verstreut mit dem Inhalt: „Nieder mit den Christlichen! Nieder mit der schwarzen Bande!“ Ja, einige besonders „tüchtige“ Genossen benutzten die hohle Hand als Sprachrohr und schrien so lange durch den Wehhaal: „Nieder mit den Christen!“ bis ihr Sprachorgan völlig erschöpft war. Es besteht kein Zweifel, daß sich durch diesen Fanatismus ängstliche Gemüter haben einschüchtern lassen. Trotzdem stimmten für unsere Liste 200 und für die Liste der Genossen 1209. Wir werden nun in Zukunft im Arbeiterausschuß mit vertreten sein. Die Genossen können dann nicht mehr wie bisher der Arbeiterschaft blauen Dunst vormachen.

Gelegentlich der Arbeiterausschuwahl hat nun der „deutsche“ Textilarbeiterverband ein Flugblatt verbreitet, worin die früheren Ausschußmitglieder über den grünen Klee gelobt wurden. Es hieß da:

„Selbstlos und restlos hat er eure Interessen vertreten. Alle Aufgaben, die ihr ihm zugewiesen, hat er in eurem Sinne gelöst. Er konnte handeln, weil er euer Vertrauen besaß.“

Die glückliche Arbeiterschaft der mechanischen Weberei! Alle Aufgaben hat der alte Ausschuß in eurem Sinne gelöst. Alles, was ihr gewünscht, es ist euch geworden. Darum seid ihr ja auch so zufrieden mit den Verhältnissen. Eine großartige Leistung eines Arbeiterausschusses, die so leicht nicht überboten werden dürfte. Doch konnte er so handeln, weil er euer Vertrauen besaß. Das „Vertrauen“ hat er bezeugt, bis sich diese Einbildung zum Größenwahn steigerte und er von der Belegschaft in die „Ferien“ geschickt wurde. Wie sehr die führenden Geister von ihrem Werte durchdrungen sind, beweist der Ausdruck des Genossen W. in der Versammlung am 22. Juli, wo er sagte: „Ja, Kolleginnen und Kollegen, da es der Direktion bekannt war, daß ich sowie der Kollege Meyer in der vorigen Woche nicht am Orte waren, glaubte die Direktion die Sache in ihrem Sinne machen zu können.“ Wer lacht denn da? Die Fabrikdirektion wird sich um diese Gernegroße gewiß nicht kümmern. Zu bedauern sind nur solche Leute, die diesen Unjahn glauben. Warum hat sich denn die Direktion nicht vor den Genossen gefürchtet, als sie den früheren Ausschuß so kurzer Hand entsetzte? In dem erwähnten Flugblatt glaubt der Genosse W. auch unser Verhalten in der mechanischen Weberei als nicht einwandfrei hinstellen zu müssen. Nach der Ansicht von W. sind wir wohl erst dann ehrliche Kampfgenossen, wenn wir als selbständige Organisation aufgeführt hätten zu existieren. Doch ist es selbst in dem roten Hannover-Linden noch nicht so weit gekommen.

Wir schreiben dieses nur, um zu zeigen, was alles in einem roten Eldorado möglich ist.

**Kohlscheid.** In unserer außerordentlichen Generalversammlung vom 14. Juli machte Kollege Thoma zunächst bekannt, daß Kollege Kott aus Brand als Delegierter für die Verbandsgeneralversammlung vorgeschlagen sei. Sodann wurde über das am 22. Juli stattfindende Gewerkschaftsfest berichtet und an die Vertrauensleute eine Anzahl Karten zum Verkauf ausgegeben. Hierauf referierte Kollege Sauren über die Notwendigkeit der Stärkung der Zentralkasse und wie dies am besten geschehen könne. In der darauf folgenden Diskussion wurde die Notwendigkeit der Stärkung der Zentralkasse anerkannt, jedoch konnte man sich für die Erhebung von Sozialbeiträgen nicht recht erwärmen. Die Versammlung drückte die Erwartung aus, daß die Verbandsgeneralversammlung Mittel und Wege finde, wie unsere Zentralkasse leistungsfähiger gemacht werden kann. Nach genauer Berechnung ist es uns auch nicht möglich, mit 5 Pfg. Sozialbeitrag pro Woche auszukommen und soll diesbezüglich an die Verbandsgeneralversammlung der Antrag gestellt werden, daß Ortsgruppen, welche mit 5 Pfg. pro Woche nicht auskommen, einige Prozent verbleiben sollen, sofern überhaupt eine Erhebung von Sozialbeiträgen beschlossen wird. Mit dem christlichen Arbeitergrüße schloß Kollege Thoma hierauf die Versammlung.

**Krefeld.** Unsere Generalversammlung am 14. Juli hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Quartalsbericht, 2. Wahl von Förderern, 3. definitive Aufstellung der Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung, 4. Gewerkschaftsfest. Zu Punkt eins berichtete der Geschäftsführer. Nach kurzer Besprechung des Berichts, bei der die Revisoren erklärt hatten, Bücher, Belege und Kasse bei der Revision in bester Ordnung befunden zu haben, wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Die Wahl von Förderern war nicht notwendig, da in den Bezirken bereits genügend Förderer gewonnen worden waren. Bezüglich der Kandidatenfrage wurden die Vorschläge des Wahlkomitees einstimmig gutgeheißen. Der Kartellvorsitzende, Kollege Heiming, besprach sodann das näheres des vom Bezirksrat auf den 18. August festgesetzten Gewerkschaftsfests in Krefelder Biergarten. Besonders wies er darauf hin, daß bei demselben auch ein roter Festzug veranstaltet wurde, an dem sich alle Mitglieder beteiligen müßten. Diese Ausführungen fanden in der Versammlung lebhaften Beifall. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß betreffs Gewerkschaftsfests demnächst näheres mitgeteilt wird mit den Vorarbeiten begonnen wurde.

**Süchteln.** Ausgehend von dem Gedanken, daß es für die praktische Durchführung der Erhebung von Sozialbeiträgen viel leichter ist, wenn die Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit dieser Erneuerung überzeugt sind, beschloßen Vorstand und Förderer einstimmig, in der am 14. Juli stattfindenden Generalversammlung über besagten Punkt Anträge zu verlesen und Einführung zu beantragen. Das Referat hatte Kollege Fischer-Düffelberg übernommen. Der Referat brachte ein solch erdrückendes Tatsachenmaterial für die Einführung von Sozialbeiträgen, daß diese für jeden denkenden und strebsamen Gewerkschaftler als unabwendbare Notwendigkeit erscheinen mußte. In der nachfolgenden Diskussion wurden noch einzelne Einwände erhoben, die jedoch zum Teil schon wieder durch die Kollegen ihre Widerlegung fanden. Die Generalversammlung beschloß mit 2/3 Majorität, vom 1. August d. J. pro Mitglied und Woche 5 Pfg. Sozialbeitrag zu erheben. Ein Antrag eines Kollegen, optional 5 gleich 10 Pfg. zu erheben, wurde abgelehnt.

Kolleginnen und Kollegen, jetzt gilt es, den Beschluß ohne Verluste zur Durchführung zu bringen, und da richten wir an unsere Mitglieder die sehr berechtigte Warnung: unter den gegenwärtigen örtlichen Verhältnissen sich doch ja nicht verwirren zu lassen, besonders nicht durch die Augen-

blickserfolge der Unorganisierten. Die Arbeitgeber werden wohl wissen, weshalb sie dieses Entgegenkommen zeigen. Wir werden auf diese Praktiken noch zu gegebener Zeit zurückkommen. Für heute nur das eine: wenn die Arbeiterschaft auf diesen Leim geht, sind die Unternehmer noch viel mehr als bisher „Herr im Hause“.

Deshalb Kolleginnen und Kollegen, steht fest zum Verband, und zwar zu dem Verbands, der uns ein zuverlässiger Helfer ist im Kampfe um Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der uns Schutz bietet in gesunden und frischen Tagen, und der durch sein Bestehen uns die Freiheit unserer religiösen und politischen Ueberzeugung bewahrt hat. Dieser Verband ist nur der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

Das Glend der orientalischen Teppichweberinnen schildert eine türkische Dame also:

Vor einigen Jahren besuchte ich eine anatolische Stadt, wo die Teppichwebererei ziemlich weit vorgeschritten ist. Hier wohnen einige zehn bis fünfzehn Teppichhändler, die alle den reichen und angesehenen Familien des Ortes angehören. Jeder von ihnen besitzt einige hundert bis achtzig Webstühle, die, wie es allgemein in Anatolien geschieht, über die Häuser der Arbeiter verteilt werden, so daß sich die Besitzer weiter um nichts kümmern. Alle Ausgaben hat der Besitzer des Hauses zu tragen, wo ein Webstuhl aufgestellt ist. Alle Nachbarinnen, die die Teppichwebererei verstehen, beschäftigt er als Tagelöhnerinnen. Das Produkt ihrer Tätigkeit verkauft er an die Teppichhändler.

Auf einem Webstuhl sind fünf bis zehn oder gar zwölf Arbeiterinnen beschäftigt. Diese bedauernswerten Frauen stehen vor Sonnenaufgang auf und begeben sich sogleich an die Arbeit. Sie sitzen unbeweglich am Webstuhl bis in die sinkende Nacht hinein. Ihre Nahrung besteht aus einem Stück Käse mit Brot. Diese kümmerliche Nahrung nehmen sie in größter Eile zu sich, indem sie von ihrem Schoße essen, da sie darauf bedacht sind, sich niemals lange vom Webstuhl zu entfernen. Stehen sie für längere Zeit auf, so haben sie zu erwarten, daß die Genossinnen sie überholen. Um sie wieder einzuholen, müssen sie sich einerseits die größten Anstrengungen aufzulegen, andererseits haben sie Verluste an Tagelohn zu erwarten.

Trotz ununterbrochener harter Arbeit am Webstuhl verdient eine Teppichweberin nur einen Meßschilde in der Woche, womit sie sich, die Kinder — und ihren Gatten ernähren muß. Die anatolischen Männer sind nämlich in unerhörter Weise träge und haben nicht die geringsten Pflichten zu erfüllen. Selbst das Geld für den Kaffee, den sie trinken, erhalten sie nur von ihren Frauen. Da nun diese ausschließlich mit der Teppichwebererei beschäftigt sind, starren die Häuser von Schmutz. Vor allem Geruch wagt man es gar nicht, einzutreten. Das Bettzeug bleibt monatelang auf dem Boden liegen; denn bekanntlich kennt man in Anatolien keine Bettstellen. Warmes Essen genießen diese Frauen nur einmal in der Woche. Die jungen Mädchen sind noch glücklicher daran, da sie wenigstens im Hause nichts zu tun haben. Sie werden nicht vom Geschrei der Kinder empfangen, die den ganzen Tag über unbeaufsichtigt geblieben sind. Ich kann behaupten, daß die Hälfte der Frauen wegen mangelhafter Ernährung, fehlender Bewegung und des ewigen Sitzens am Webstuhl an Schwindsucht stirbt. Auch gab es in der Stadt, die ich oben erwähnt habe, viele Frauen, die hinkten. Als ich nach der Ursache forschte, antwortete man mir: „Wir haben unsere Tochter schon im zarten Alter an den Webstuhl gesetzt, dadurch wurde sie verkrüppelt.“ Bei einer Heirat läßt der Gatte die Frau am Webstuhl arbeiten, um die Kosten für die Hochzeit herauszuschlagen. Die junge Frau muß schon zwei Tage nach der Hochzeit, ehe noch die Henne (mit denen die Finger der Braut gefärbt werden) von ihren Fingerspitzen abgegangen ist, am Webstuhl sitzen und arbeiten.

Das fürchterliche Schauspiel hat man aber im Winter. Die Webstühle stehen nämlich in der freien Luft, in den Höfen der Häuser und sind nur von oben bedeckt. Die Arbeiterinnen frieren daher oft so sehr an den Fingern, daß es ihnen unmöglich wird, die Fäden durchzuschneiden. Der Hausherr stellt dann, damit die Arbeit nicht leidet, und auch in einer Negung von Menschlichkeit, einen mit brennenden Kohlen gefüllten Krug mit zerbrochenem Salze bei den Arbeiterinnen auf, die sich dann abwechselnd die Hände daran wärmen. Vor Kälte zitternd, setzen sie dann ihre Arbeit fort.

Dit sind die Männer auch so unvernünftig, daß sie sich weigern, zu Hause zu bleiben und nach den Kindern zu schauen, bis die Mütter von der Arbeit zurückkommen. Sie ziehen es vor, im Kaffeehause zu sitzen und Karten (ein fürchtbares Uebel in Anatolien!) zu spielen. Die Frauen sind dann gezwungen, die Kinder mitzunehmen, die sich vom Morgen bis zum Abend, hungernd, weinend und verzwehrt, am Webstuhl herumtreiben. Niemand achtet auf sie. Die Mütter kann nicht aufstehen und sich um sie kümmern . . .

### Versammlungskalender.

Amerst. Georg. 2. August, 10 1/2 Uhr, im Soziale Bn. Bernh. Klassen, Generalversammlung.  
 Braunsch. 1. Aug., 11 1/2 Uhr, bei Wiltz, vor dem Berge.  
 Bredel. 4. Aug., 10 1/2 Uhr, bei Fehangel, Generalverf.  
 Dülken. 4. Aug., 11 Uhr, bei Remen, orientalische Generalversammlung (Einführung des Sozialbeitrags).  
 Glanzen. 3. August, 1/29 Uhr, im „Reichshaus“, Generalversammlung.

Kalterherberg. 4. August, 11 Uhr, im Soziale Herrmann Kettenis. 3. August, 1/9 Uhr, bei Fr. Lieberh, Generalversammlung.  
 Krefeld-Doctum. 4. August, 11 Uhr, bei Geinr. Bengel, Generalversammlung.  
 Leuth b. Kaldenkirchen. 11. Aug., 5 1/2 Uhr, bei Franz Dücker, Generalversammlung.  
 Oberfortbach. 4. August, 10 1/2 Uhr, im Soziale Corn. Herff, außerordentliche Generalversammlung.  
 Rheidt. 4. August, 10 1/2 Uhr, bei Alb. Paffen, Ober. kirchenerstraße 35, Generalversammlung.  
 Sommerfeld. 4. August, 8 Uhr, in Ertels Lokal, Wilhelmstraße.

### VI. Agitationsbezirk Münster i. W.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 29. September, in Münster statt. Die Wahl der Delegierten ist nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Tagesordnung, Lokal und Zeit der Versammlung werden den Ortsgruppen noch bekannt gegeben.  
 Mit kollegialem Gruß!  
 S. Camps, Bezirksleiter.

### Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Peter Anton Vossen in Rheindahlen.
  - Christian Oepen in Düren.
  - Karl Schwelm in Krefeld.
  - Peter Mockel in Eupen.
  - Michel Joseph Bensberg in Euenheim.
  - Theodor Lausberg in Werden.
- Ehre ihrem Andenken!

### Literarisches.

**Erfolge der Gewerkschaftsbewegung im Bergbau.** Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstraße 147, (44 S.) 50 Pfg. Bei Bezug von Partien billiger. — Sehr oft wird der Gedanke vertreten, die Gewerkschaftsbewegung sei in der Großindustrie machtlos, sie habe hier noch keine Erfolge und Verbesserungen für die Arbeiter erzielen können. Dem tritt die vorliegende Schrift entgegen und weist nach, daß die Gewerkschaftsbewegung im Bergbau, trotzdem sie nur die Minderheit der Arbeiter umfaßt, doch schon große Erfolge und eine recht erhebliche Verbesserung der Lage der Bergarbeiter erzielen konnte. In besonderen Kapiteln werden in diesem Sinne behandelt: Gesetzgebung und Verwaltung, Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Lohnfrage, Strafweisen und Behandlung, Schutz für Leben und Gesundheit, Knappschaffswesen usw. Tatsächlich sind auf allen Gebieten recht bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Die Schrift fordert deshalb zum Schluß auf, an der selbständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung, der die geschilderten Erfolge hauptsächlich zu verdanken sind, festzuhalten und sie zu stärken, um weitere Fortschritte zu ermöglichen.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Berufstätigkeit und gute Entlohnung in den Textil-Fabriken. — Die Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden. — Das Steigen der Wohnungsmieten und die Einkommen in Rheinland und Westfalen. — Die Frauenbewegung. — Die Rohstoffversorgung der Wollindustrie. — Fenilleton: Die Leineweber als „unerhörliche Leute“. — Allgemeine Rundschau: Mehr Mitarbeiter. — Im Kampfe groß und stark geworden. — Hände weg! — Die christlichen Gewerkschaften — unerforschbar. — Die christlichen Gewerkschaften Österreichs. — Kirch-Dundersche Blätter über christliche Gewerkschaften. — Freihandel und Textilarbeiterschaft. — Ein Spiel mit dem Feuer. — Was ist Streikbruch? — Aus unserer Industrie: Höhere Preise für Militärtuche. — Japanische Konkurrenz auf dem Seidenmarkte. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Augsburg. — Dülken. — Malmerbach. — Bierfen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Düren. — Hannover-Linden. — Kohlscheid. — Krefeld. — Süchteln. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Das Glend der orientalischen Teppichweberinnen. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder,  
 agitiert für den Verband!